

Kurzmeldungen (9-12/23)

Ukrainekrieg

Die Zahl der insgesamt seit Kriegsbeginn getöteten oder verwundeten ukrainischen und russischen Truppen näherte sich 500.000, zitierte die „New York Times“ US-Regierungsbeamte. Sie gehen auf russischer Seite von 120.000 getöteten und 170.000 bis 180.000 verwundeten Soldaten aus. Für die Ukraine sprachen sie von etwa 70.000 getöteten und 100.000 bis 120.000 verletzten Soldaten. Unabhängig überprüfen lassen sich diese Zahlen nicht.

Der ehemalige US-General Ben Hodges hat Deutschland und den USA mangelnde Entschlossenheit bei der Unterstützung der Ukraine vorgeworfen. Der ehemalige Befehlshaber der US-Streitkräfte in Europa sagte im „Tagesspiegel“: Zwar erlaube die US-Regierung nun ihren Verbündeten, F-16-Kampffjets an die Ukraine zu liefern, ihr langes Zaudern vor der Lieferung sei aber „ein Beispiel für die fehlende Entschlossenheit, der Ukraine zum Sieg zu verhelfen“, so Hodges. Zögerlich sei auch Deutschland bei der Entscheidung über eine Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern, kritisierte Hodges. Die USA haben nach Angaben der Niederlande und Dänemarks der Lieferung von F-16-Kampfflugzeugen an die Ukraine zugestimmt.

Quelle: <https://www.noz.de/deutschland-welt/ukraine-krieg/artikel/ukraine-krieg-kiew-setz-hoffnungen-in-friedensformel-45331432> 19.8.23

Die ukrainischen Angriffe auf die Krim zeigen Folgen. Russland zieht den Großteil der Kriegsflotte aus Sewastopol ab. Der Hafen ist für die Besetzer zu gefährlich geworden. Das ist ein Rückschlag für den Kreml, der diesen Stützpunkt stets als Schlüssel für Russlands Macht in der Region betrachtet hatte.

Quelle: <https://www.nzz.ch/international/ukraine-krieg-russland-zieht-kriegsschiffe-aus-sewastopol-ab-ld.1759483> 5.10.23

Die Ukraine führt einen Überraschungsangriff mit heimlich gelieferten Raketen der USA. Erstmals hat die Ukraine Raketen des Typs Atacms gegen die russischen Besetzer eingesetzt. Mehr als ein Jahr lang hatte Kiew diese Langstreckenwaffen gefordert. Nun wurden sie geliefert. Bei einem nächtlichen Angriff auf 2 russische Militärflugplätze bei den besetzten Städten Berdjansk und Luhansk seien 9 Helikopter, eine Flugabwehreinrichtung und Munitionsdepots damit zerstört worden.

Quelle: https://www.nzz.ch/international/ukraine-angriff-mit-heimlich-gelieferten-atacms-raketen-der-usa-ld.1761243?utm_source=pocket-newtab-de-de 17.10.23

Der frühere Nato-Chef Anders Fogh Rasmussen (2009-2014) schlägt einen Beitritt der Ukraine zur NATO ohne die von Russland besetzten Gebiete vor. So würde das Risiko eines offenen Konflikts zwischen Russland und der Nato gesenkt. Die Staatsführung in Kiew wiederum lehnt jegliche Pläne ab, die als möglicher Schritt zu einem dauerhaften Verzicht auf ukrainisches Territorium zugunsten Russlands interpretiert werden könnten. Im Osten und Süden der Ukraine gehen die Gefechte weiter.

Quelle: <https://www.gmx.net/magazine/politik/russland-krieg-ukraine/frueherer-nato-chef-kiew-heiklen-vorschlag-lage-ueberblick-38857742> 12.11.23

Ein Gemeinschaftsunternehmen zwischen Rheinmetall und einem staatlichen ukrainischen Rüstungskonzern nimmt seine Arbeit auf. Die Rheinmetall Ukrainian Defence Industry LLC sei als Gesellschaft seit Oktober tätig. Rheinmetall hält 51% und die Ukraine 49% an der Firma.

Quelle: <https://www.n-tv.de/politik/23-15-Russland-will-ukrainische-ATACMS-abgeschossen-haben--article24489614.html> 25.10.23

Krieg zwischen Israel und Gaza

Ehud Barak war Armeechef und Premier in Israel. Er warnt vor einem Mehrfrontenkrieg und empfiehlt einen Marshallplan und eine arabische Friedenstruppe für Gaza.

Die jetzt amtierende Regierung sei darauf ausgerichtet, eine mögliche Zweistaatenlösung zu blockieren. Es gibt darin rechte, messianische, teilweise rassistische Parteien mit Vertretern, die um jeden Preis eine Zweistaatenlösung verhindern wollen.

Quelle: <https://www.sueddeutsche.de/politik/gaza-krieg-ehud-barak-interview-israel-palaestina-staat-1.6295633?reduced=true> 29.10.23

Der amerikanische Präsident Joe Biden hat die gewalttätigen Übergriffe von Israelis im Westjordanland scharf kritisiert. Die „extremistischen Siedler“ würden durch ihre Angriffe auf Palästinenser „Öl ins Feuer gießen“. „Das muß aufhören, jetzt“, sagte Biden. Die Siedler müssten zur Verantwortung gezogen werden. Palästinenser und Menschenrechtsschützer beklagen, daß radikale Siedler seit den Massakern der Hamas an Zivilisten verstärkt Gewalt anwenden.

Zudem verstärken Siedler ihre Anstrengungen, Palästinenser, insbesondere Hirten, aus deren Siedlungs- und Weidegebieten zu vertreiben. Auch Gewaltandrohungen gegenüber israelischen Friedensaktivisten nehmen offenbar zu. Viele Siedler werden wegen des Krieges derzeit als Reservisten im Westjordanland eingesetzt.

Quelle: <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/biden-kritisiert-gewalttaetige-uebergriffe-von-israelis-im-westjordanland-19270725.html?premium=0x6450f09876e0bb7f2f6483926175dd7aa7093032a2fd7cb85c2163d8aea44b11> 26.10.23

Die EU-Staaten rufen zu "humanitären Korridoren und Pausen" im Gazastreifen auf. Nach langem Ringen konnten sich die 27 Mitglieder auf diese gemeinsame Erklärung einigen. Die EU wolle mit den Partnern in der Region zusammenarbeiten, um Zivilisten zu schützen und ihnen Zugang zu Versorgung zu ermöglichen.

Quelle: https://www.eurotopics.net/de/309727/was-bedeutet-die-eu-einigung-zu-nahost?pk_campaign=et2023-10-31-de&pk_kwd=309892 27.10.23

Meerwasser in Hamas-Tunnel

Die palästinensische Wasserbehörde warnte vor den Gefahren, die sich daraus ergeben könnten, wenn die israelische Armee ihre Drohungen wahr macht, große Pumpen zu verwenden, um Meerwasser in den Gazastreifen zu pumpen, um die Tunnel der Hamas zu überfluten. Dies kann zu einer Wasser- und Umweltkatastrophe führen, insbesondere für das Grundwasser.

Die Wasserbehörde sagte, daß die Flutung verheerende Auswirkungen auf den Küstengrundwasserleiter im Gazastreifen haben wird, da es zu einem starken Anstiegs des Grundwassersalzgehalts aufgrund des Salzgehalts des Meerwassers kommen würde, der auf etwa 30g/l geschätzt wird, was zur Zerstörung des Grundwasserleiters führen und damit jede zukünftige Hoffnung auf seine Wiederherstellung zunichte machen würde. Sie erklärte, daß es damit zu einem Anstieg des Salzgehalts im Boden kommen würde, was ihn unkultivierbar machen würde.

Der küstennahe Grundwasserleiter ist die wichtigste Wasserquelle in diesem Gebiet. Die wasserführenden Schichten erreichen eine Dicke von etwa 150 Meter. Die wasserführenden Schichten in diesem Reservoir bestehen hauptsächlich aus Sand-, Kies-

und Sandsteinablagerungen, während der ungesättigte Teil des Wassers, der die produktiven Wasserschichten überragt, ebenfalls aus Sand, Kies, Ton und Sandstein besteht und eine Dicke bis zu 80 Meter erreicht.

Quelle: Ajyal Network, 6.12.23

Barenboim: Unsere Friedensbotschaft

Die barbarischen, terroristischen Akte der Hamas gegenüber Zivilisten, darunter Kinder und Babys, sind durch nichts zu rechtfertigen. Jegliche Analyse, jegliche moralische Gleichung, die wir möglicherweise aufsetzen, muß aber als Basis dieses Grundverständnis haben: Es gibt Menschen auf beiden Seiten.“ Menschlichkeit sei universell, und die Anerkennung dessen auf beiden Seiten sei der einzige Weg. Denen, die sich zum Extremismus hingezogen fühlen, müßten andere Perspektiven geboten werden. Meist sind es doch völlig perspektivlose, verzweifelte Menschen, die sich mörderischen oder extremistischen Ideologien verschreiben, dort ein Zuhause finden. Essenziell seien auch Bildung und Information, denn es gibt so viele Positionen, die auf absoluter Falschinformation basieren.

Quelle: <https://wp-prod.evangelische-zeitung.de/barenboim-unsere-friedensbotschaft-muß-lauter-sein-denn-je/> 13.10.23

<https://www.sueddeutsche.de/kultur/daniel-barenboim-israel-aufruf-hamas-1.6287339?reduced=true>

https://www.youtube.com/watch?v=XqvKDCP5-xE&ab_channel=Koolulam

Die Angst der Palästinenser vor einer zweiten großen Vertreibung

Manche Vertreter der israelischen Rechten fordern, in Gaza eine humanitäre Krise herbeizuführen, die „Zehntausende oder sogar Hunderttausende dazu zwingt, in Ägypten oder im Golf Schutz zu suchen“, schrieb kürzlich Giora Eiland, ein pensionierter Generalmajor und früherer nationaler Sicherheitsberater, in dem Nachrichtenportal Ynet. Die israelische Wirtschaftszeitung „Calcalist“ berichtete von einem geleakten Dokument, das innerhalb des Geheimdienstministeriums erstellt wurde. In dem online veröffentlichten Papier heißt es, Israel müsse nach den Verbrechen der Hamas eine gründliche Neuorientierung seiner Gaza-Politik vornehmen. Eine Option sei die Evakuierung der zivilen Bevölkerung Gazas in den Sinai.

Auf der ägyptischen Sinai-Halbinsel sollen zunächst Zelte und dann dauerhafte Siedlungen errichtet werden. Das Büro Netanjahus beschrieb das Dokument als hypothetisches Konzeptpapier.

Quelle: <https://www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/von-gaza-in-den-sinai-die-angst-der-pal%C3%A4stinenser-vor-einer-zweiten-gro%C3%9Fen-vertreibung/ar-AA1jjVxe>
2.11.23

Konflikt zwischen China und den Philippinen

Im Südchinesischen Meer geht China auf Konfrontationskurs mit den Philippinen – und testet damit die Entschlossenheit der USA, neben Israel und der Ukraine auch noch einem dritten Partnerland militärisch zur Seite zu stehen.

Chinesische Schiffe kollidierten im Oktober in einem umstrittenen Teil des Südchinesischen Meeres mit einem Schiff der philippinischen Küstenwache und einem militärischen Versorgungsboot des Landes. Die Regierung in Manila wirft China vor, die philippinischen Schiffe bewusst gerammt zu haben. Rund um das Atoll Second Thomas Shoal, das sowohl China als auch die Philippinen für sich beanspruchen, waren Schiffe der beiden Länder schon häufiger gefährlich nah aneinander geraten. In den vergangenen Monaten häuften sich die Vorfälle: Philippinische Boote wurden abgedrängt, mit Lasern

bestrahlt und mit Wasserwerfern beschossen. Nun kam es erstmals zu einem direkten Zusammenstoß.

2016 wies der Ständige Schiedshof in Den Haag zwar Chinas Gebietsansprüche zurück – die Regierung in Peking fühlt sich an das Urteil aber nicht gebunden. Das Südchinesische Meer ist strategisch von hoher Bedeutung. Durch das Gewässer führt eine der global wichtigsten Handelsrouten: Nach Schätzungen der UN-Handelsorganisation UNCTAD wird mehr als ein Fünftel der global gehandelten Güter durch das Meer verschifft.

Im Zentrum steht die Verpflichtung der USA, den Philippinen im Fall eines militärischen Konflikts beizuspringen. Der entsprechende Pakt zur gegenseitigen Verteidigung ist bereits Jahrzehnte alt, gewinnt aber zunehmend an Bedeutung.

Quelle: <https://www.handelsblatt.com/politik/international/geopolitik-china-prescht-im-schatten-des-nahostkriegs-im-suedchinesischen-meer-vor/29463056.html> 24.10.23

Berg-Karabach

Die armenische Bevölkerung wurde in der südkaukasischen Region Berg-Karabach vertrieben. Armeniens "Schutzmacht" Russland wechselte die Fronten und der Westen schaute zu. Der aserbaidshische Diktator Ilham Alijew, brach damit das trilaterale Waffenstillstandsabkommens vom 9.11.20. Er nannte das eine "Anti-Terror"-Operation gegen "bewaffnete armenische Separatisten".

Die Führung Berg-Karabachs handelte noch das Recht für die armenische Bevölkerung aus, über den Latschin-Korridor "frei und ungehindert" flüchten zu können. Die aserbaidshische Armee hatte bereits in den letzten Jahren bei den Angriffen auf armenisches Gebiet Phosphorbomben gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt und gefangengenommene armenische Soldaten und Soldatinnen wurden vor laufender Kamera gefoltert und ermordet.

Quelle: Globalbridge,4.10.23, <https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/014860.html>

Der Konflikt brach 1988 aus, weil die Armenier Berg-Karabachs für den Anschluss ihres Gebiets an Armenien stimmten. Nach Beginn des Ukraine-Kriegs traten die EU und die USA als geopolitische Akteure und als "Alternative" zu Russland im Südkaukasus auf. Nach Verhandlungen mit Unterstützung der EU unterzeichneten Aserbaidshans Ilham Alijew und Armeniens Nikol Paschinjan in Prag am 6.10.22 eine Erklärung, in der sie gegenseitig die territoriale Integrität und Souveränität ihrer Länder anerkannten. Der Plan wurde vom US-Außenminister unterstützt.

Alijew wird von der Türkei unterstützt und auch Russland will die USA und die EU aus dem Südkaukasus verdrängen. Jetzt buhlen Russland, die Türkei und der Iran wie in vergangenen Jahrhunderten erneut um Macht und Einflusssphären in der Region. Die Türkei hat 2020 im zweiten Krieg um Berg-Karabach beträchtlich zum Sieg Aserbaidshans beigetragen. Die türkische Außenpolitik betrachtet den Südkaukasus und Zentralasien als einen eng miteinander verbundenen Raum, der die Basis bilden sollte für eine türksprachige Welt, die sich von der "Adria bis zur chinesischen Mauer" erstreckt. Von dieser Welt verspricht sich der immer wieder von Großmacht-Visionen getriebene türkische Präsident die Türkei im 21. Jahrhundert zu einer globalen Macht verwandeln zu können. Voraussetzung für die Verwirklichung seines Traums ist allerdings ein territorialer Zugang, der die Türkei direkt mit Aserbaidshans und Zentralasien verbindet. Und dieser verläuft durch die südarmenische Provinz Sangesur. Einen Tag nach der Kapitulation Berg-Karabachs gratulierte Erdogan seinem Amtskollegen Alijew in der aserbaidshischen Exklave Nachitschewan für dessen historischen Sieg.

Die russischen Friedenstruppen dürfen auf dem Territorium Aserbaidshans für "eine noch auszuhandelnde Zeit" verbleiben. Russland konnte nach dem Krieg 2020 als einzige

Großmacht rund 2000 Friedenssoldaten im Gebiet zum "Schutz der Armenier Berg-Karabachs" stationieren. Ihre Mission endet eigentlich 2025. Der Verbleib der russischen Truppen auf dem Territorium Aserbaidschans wurde über dieses Datum hinaus garantiert, so daß Moskau die Politik von Baku weiterhin mitbestimmen kann. Aserbaidschan plant neue Trassen für den Transport von russischem Erdgas.

Noch stoßen die Pläne zur Errichtung eines Sangesur-Korridors in Iran auf heftigen Widerstand. Teheran betrachtet jede Änderung der Grenzen im Südkaukasus als eine Gefahr. Es befürchtet, daß die von Ankara angestrebte "türkische Welt von der Adria bis zur chinesischen Mauer" den iranischen Einfluss in Zentralasien sowie ihre Landverbindungen durch den Kaukasus gefährden könnte. Die uralte Rivalität zwischen dem Iran und der Türkei könnte einen Flächenband auslösen.

Quelle: Globalbridge, 2.10.23. <https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/014859.html>

Forderungen nach EU-Atomwaffen

Der Politologe Herfried Münkler rät Europa zu einer atomaren Aufrüstung, um besser vor Kriegen geschützt zu sein. "Europa muß atomare Fähigkeiten aufbauen", sagt er in einem Interview mit dem Magazin Stern. Münkler zufolge gehe es um die Zweitschlagfähigkeit. "Die Briten haben zwar Atom-U-Boote, Frankreich die Bombe, aber werden sie die wirklich einsetzen, um Litauen oder Polen zu schützen?", fragt er.

Auch der ehemalige grüne Bundesaußenminister Joschka Fischer hat die EU zu einer militärischen Aufrüstung aufgerufen, die auch Atomwaffen umfasst. "Wir müssen unsere Abschreckungsfähigkeit wiederherstellen", sagte er gegenüber Zeit Online. Er hoffe, daß Amerika und Europa verbunden blieben. "Aber was wird sein, wenn Donald Trump wieder gewählt wird? Auch mit Blick auf dieses Szenario muß sich Europa die Frage ernsthaft stellen", sagte Fischer zur atomaren Aufrüstung.

Quelle: <https://www.sueddeutsche.de/politik/joschka-fischer-atomwaffen-eu-russland-1.6313443>

3.12.23

Seit 2021 ist der UN-Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) geltendes Völkerrecht. Vom 27.11.-1.12.23 kommen die Vertragsstaaten in New York zu ihrer zweiten Konferenz zusammen. Die Exekutivdirektorin von ICAN, Melissa Parke, gab auf der hochrangigen Eröffnungssitzung des zweiten Treffens der Vertragsstaaten des UN-Verbotsvertrags die folgende Erklärung ab:

„Mit dem Atomwaffenverbotsvertrag wollen wir die Menschheit von der allgegenwärtigen und wachsenden Bedrohung durch die nukleare Vernichtung befreien – eine Bedrohung, die von einer kleinen Anzahl von Staaten zum Schaden von uns allen aufrechterhalten wird.

Sicherlich ergänzt und stärkt er den Atomwaffensperrvertrag – aber in vielerlei Hinsicht ist er ein viel stärkeres Instrument. Denn er verbietet Atomwaffen umfassend, nicht selektiv. Er bietet einen rechtlichen Rahmen für die Abrüstung und nicht nur eine Verpflichtung, dieses Ziel zu verfolgen. Er enthält neue Bestimmungen über die Opferhilfe und die Sanierung von Umweltproblemen.

Dieser Vertrag verzichtet auf die Doppelmoral, die dem Atomwaffensperrvertrag innewohnt, und wendet den gleichen Standard auf alle an: null Atomwaffen. Eine Atombombe ist schließlich eine Atombombe, egal wessen Flagge sie trägt. Die Hitze, die Explosion und die Strahlung töten und zerstören genauso wahllos, wenn das Land, das sie abwirft, ein "anerkannter" Atomwaffenstaat ist.

Wo der Atomwaffensperrvertrag mehrdeutig ist, ist der Atomwaffenverbotsvertrag glasklar: Solche Einsätze sind unter allen Umständen verboten. Kein Staat im Rahmen des

Atomwaffenverbotsvertrags kann eine Lizenz für den Besitz oder die Unterbringung von Atomwaffen beanspruchen.“

Quellen:

https://www.friedenskooperative.de/sites/default/files/broschuere_2msp_webinare_v3.pdf
<https://www.atomwaffenfrei.de/home/artikel/18c1ee39fb6bbbd9460b2e1a2955cd97/live-aus-new-york-online-gespraech-zur-atomwaffenverbot.html>

Anne Applebaum

Die US-amerikanische Historikerin und Pulitzer-Preisträgerin Anne Applebaum äußerte sich Anfang 2023 in einem Interview zum Ukraine-Krieg.

Im Moment glaubt Putin immer noch, daß er die ganze Ukraine erobern wird. Es wird nicht möglich sein, ein Friedensabkommen auszuhandeln, solange das russische Regime nicht einsieht, daß der Krieg ein Fehler war, und seine Truppen abzieht. Jede andere Lösung – ein vorausgehender Waffenstillstand oder ein Abkommen über die Abtretung von Gebieten – birgt das Risiko, daß Russland einige Monate oder Jahre abwartet und dann die Invasion von Neuem beginnt. Und natürlich wird der russische Staat weiterhin Ukrainerinnen und Ukrainer in den besetzten Gebieten verhaften oder ermorden, und der Widerstand wird weitergehen, so daß weiterhin Menschen sterben werden.

Jeder Kompromiss, der Putin Teile der Ukraine überlässt, wird ihn nur ermutigen, sein Projekt zur Wiederherstellung des Sowjetreiches voranzutreiben. Genau das ist 2014 passiert.

Die Osteuropäer waren über die Nord-Stream-Pipelines verärgert, weil sie ein so klares politisches Ziel verfolgten: Sie sollten es Russland ermöglichen, die Ukraine abzuschneiden.

Wir haben Russland Milliarden von Dollar geliehen, wir haben in Russland investiert, wir haben Russland eine besondere Beziehung zur Nato und zur westlichen Welt im Allgemeinen angeboten. Wir duldeten die russische Korruption innerhalb unserer Grenzen und ignorierten die russischen Kampagnen zur politischen Beeinflussung, selbst wenn sie dazu beitrugen, störende politische Parteien wie die AfD in Deutschland zu schaffen. Aber Russland wollte etwas, das wir ihm nicht geben konnten: den Status eines Imperiums und die Vorherrschaft über alle ehemaligen Staaten der Sowjetunion und sogar des Warschauer Paktes.

Zu einem bestimmten Zeitpunkt zogen die USA alle ihre Panzer aus Europa ab und begannen mit der Schließung von Militärstützpunkten; bis nach dem russischen Einmarsch in der Ukraine im Jahr 2014 gab es keine Nato-Übungen in Polen. Putin weiß das alles. Aber er fand es für die Zwecke der Innenpolitik nützlich, die Nato zum Feind zu machen. Als er zu Hause an Unterstützung verlor und Russland zu stagnieren begann, versuchte er, dies durch die Wiederherstellung des russischen Imperiums im Ausland auszugleichen. Wenn man sich ansieht, wie sich die Republikaner in den USA verändert haben, wird sich Europa früher oder später auf einen Präsidenten einstellen müssen, der sich nicht mehr für die Nato einsetzt. Trump wollte die Nato auflösen, wurde aber von seinen Generälen und seinem Kabinett daran gehindert. Aber er könnte wieder gewinnen, oder jemand wie er könnte wieder gewinnen, und dann könnte es mit der Nato zu Ende sein.

Quelle: <https://www.fr.de/kultur/gesellschaft/ukraine-news-krieg-putin-russland-invasion-interview-anne-applebaum-92085344.html> 13.2.23

Rüstungslobbyisten

Politik und Rüstungsindustrie sind in Deutschland deutlich enger verflochten als bisher bekannt – das ist das Ergebnis einer neuen von Greenpeace in Auftrag gegebenen

Recherche. In der Untersuchung „Revolving Doors – wie Politik und Rüstungsindustrie gemeinsame Sache machen“

Politiker wechseln mühelos vom Bundestag in die Lobbyarbeit, während Think Tanks die Politik und Öffentlichkeit im Sinne der Rüstungsindustrie beeinflussen.

Quelle: <https://www.sonnenseite.com/de/politik/greenpeace-recherche-enge-und-intransparente-verbindungen-zwischen-bundestag-und-ruestungsindustrie/> 12.12.23

Greenpeace <https://act.gp/4717i25>

https://www.greenpeace.de/publikationen/20231208_Recherche_Ruestung.pdf

Weltklimakonferenz in Dubai

Die COP werde keine echte Klimakonferenz, sondern „eine Greenwashing-Klima-Konferenz“, kritisierte Energieökonomin Claudia Kemfert. Statt einen Durchbruch erwartet Kemfert nur den kleinsten gemeinsamen Nenner, und der werde diesmal „so klein wie nie“. Grund dafür sei, daß COP-Präsident Sultan Al-Dschaber zugleich Präsident des größten Energiekonzerns der Emirate ist und der Staat gigantische neue Gasfelder erschließt, um sie noch jahrzehntelang auszubeuten.

Quelle: <https://www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/cop28-diw-expertin-kemfertklimagipfel-zum-scheitern-verurteilt-46014234> 30.11.23

Einerseits bietet der globale Boom der Erneuerbaren Energien, Batterien, Wärmepumpen und Elektromobilität Grund zur Hoffnung. Noch nie wurden weltweit so viele Kapazitäten installiert wie 2022. Fast alle großen Volkswirtschaften setzen auf Wind, Sonne und Wasserkraft. Andererseits müsste der Anstieg exponentiell weitergehen, um die nach wie vor dominanten fossilen Energieträger zurückzudrängen. Zudem ist die Klimapolitik der meisten Staaten nicht ambitioniert genug, um dem Erreichen der Pariser Klimaziele entscheidend näher zu kommen.

Die Regierungen setzten weniger klimapolitische Maßnahmen um und müssen viele Krisen gleichzeitig lösen. Die Emissionen müssen bis 2030 weltweit halbiert werden, um eine Eskalation der Klimakrise zu vermeiden.

Quelle: <https://www.sonnenseite.com/de/politik/trotz-booms-bei-erneuerbaren-energien-welt-kommt-pariser-klimazielen-kaum-naeher/> 8.12.23

<https://www.germanwatch.org/de/89910>

Im Sommer stiegen die Temperaturen in Peking durchweg über 40°C. Dann, als die Hauptstadt eine relative Atempause von der brütenden Hitze hatte, kam ein heftiger Regen, der zu Überschwemmungen führte und Tausende von Menschen vertrieb. Der tödlichste Waldbrand in den USA seit mehr als einem Jahrhundert versengte Lāhainā, Hawaii; die verheerenden Überschwemmungen, die ein Viertel der Stadt Derna in Libyen zerstörten; extreme Hitze und zunehmende Dürre in Chile und am Horn von Afrika; der steigende Meeresspiegel in den Inselstaaten... „Die Menschheit hat die Pforten zur Hölle geöffnet“, wie UN-Generalsekretär António Guterres feststellte, „wir steuern auf eine gefährliche und instabile Welt zu“.

Quelle: <https://www.sonnenseite.com/de/umwelt/beim-klimawandel-geht-uns-die-zeit-aus-nicht-die-moeglichkeiten/> 5.12.23

Eine Verdreifachung der Atomstromproduktion will John Kerry, der frühere US-Außenminister, bis 2050. Dabei ist völlig klar, daß das eine schmutzige Phantasie bleiben muß, scheitern doch die wesentlichen Propagandisten mit ihrem Plan, die USA,

Frankreich und das Vereinigte Königreich gerade krachend mit ihren eigenen AKW-Plänen.

Die allermeisten der derzeit etwa 400 AKWs weltweit sind veraltet und in den nächsten Jahren abzuschalten. Es ist also nicht einmal möglich, den Anteil von Atomstrom am weltweiten Gesamtenergiebedarf von derzeit weniger als 5% aufrecht zu erhalten. Trotzdem unterstützen auch 11 EU-Staaten den von insgesamt 22 Ländern unterzeichneten Vorstoß Kerrys. So werden für die sterbende Industrie nochmals Milliarden lockergemacht – Geld, das für den Ausbau der Erneuerbaren fehlt.

Quelle: <https://atomstopp.at/pressemeldung.php?id=930>
<https://www.sonnenseite.com/de/politik/atomstopp-schmutzige-phantasien-der-atomlobbyisten-bei-der-cop28/> 4.12.23

Mit einem Tag Verspätung endete am 13.12.23 die 28. UN-Klimakonferenz (COP28) der Klimarahmenkonvention (United Nations Framework on Climate Change, UNFCCC). Der Beschluss auf der UN-Klimakonferenz in Dubai einen weltweiten Übergang weg von fossilen Energieträgern zu fordern ist viel zu vage, als daß es Wirkung erzielen könnte. Im Klartext bedeutet dies nichts anderes als die Fortführung der Nutzung der fossilen Energieträger, welche die Hauptverschmutzer des Klimas sind.

Zwei deutsche Vorschläge wurden auch beschlossen. Zum einen eine Verdopplung der Energieeffizienz und zum anderen eine Verdreifachung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien jeweils bis 2030. Beides hält aber auch die deutsche Regierung mit der aktuellen Politik nicht ein. So wird in der kommenden Energiestrategie ein starker Fokus auf den Ausbau der Wasserstoffinfrastruktur gesetzt. Doch damit wird die Energieeffizienz drastisch verschlechtert, statt verdoppelt, da Wasserstoff eben höchst ineffizient ist.

Quelle: <https://www.sonnenseite.com/de/politik/jetzt-braucht-es-starke-buergerliche-aktivitaeten-da-auch-cop28-keinen-klimaschutz-auf-den-weg-brachte/> 22.12.23

Einen globaler Fahrplan für den Ausstieg (Konferenzsprech: phase-out) aufzustellen, wurde immerhin von der Mehrheit der knapp 200 Staaten auf der Konferenz unterstützt – darunter die EU, ein Großteil der Entwicklungsländer und, wenn auch nicht vehement, der USA, nach China der weltweit zweitgrößte CO₂-Einheber und der größte Erdöl- und Erdgasproduzent.

Doch sie konnten sich mit dieser Forderung nicht gegen den vehementen Widerstand von Opec-Staaten wie Saudi-Arabien durchsetzen, in deren Ökonomien die fossilen Energien weiterhin die Haupteinnahmequelle darstellen. Für viel Aufregung in Dubai sorgte in diesem Zusammenhang der durchgestochene Brief des Opec-Generalsekretärs Haitham al-Ghais, der seine Mitgliedsländer darin aufforderte, auf dem Gipfel ein Veto gegen jedes Festschreiben eines Ausstiegs-Szenarios im Abschlussdokument einzulegen. Die Einstimmigkeits-Regel der Klimaverhandlungen gab Saudi-Arabien das Druckmittel, um das gefürchtete Wort „Ausstieg“ tatsächlich fernzuhalten. Doch immerhin werden die Staaten nun aufgefordert, für einen „gerechten, geordneten und ausgewogenen Übergang weg von den fossilen Brennstoffen“ zu sorgen.

Die fortschrittlichen Länder haben weitere Kröten geschluckt. Es gibt große Schlupflöcher. Erdgas wird als Übergangslösung benannt, obwohl es ebenfalls, besonders in Form von LNG, CO₂-intensiv ist. Die CCS-Technologie, also die unterirdische „Endlagerung“ von CO₂, wird als Möglichkeit zur Emissionssenkung gepriesen. Und auch die umstrittene Atomkraft fand Aufnahme in den Klimakatalog.

<https://www.klimareporter.de/klimakonferenzen/fossiles-endgame> 13.12.23

Kipppunkte des Klimas

Die Klimaforschung diskutiert seit den frühen 2000er-Jahren über Kipppunkte im Erdsystem - damals definierten Forscher um Johann Rockström und Timothy Lenton neun entsprechende Punkte, darunter das Abschmelzen der Eisschilde am Nord- und Südpol, die Abholzung des Amazonas-Regenwaldes oder das Erlahmen der thermohalinen Zirkulation - einer wichtigen Ozeanströmung. Kippen sie, so das Konzept, sei diese Veränderung irreversibel.

Ein neuer Bericht, der "Global Tipping Points Report", fasst nun die Forschung der vergangenen Jahre zu Kipppunkten zusammen. Mehr als 200 Forschende aus 26 Ländern haben an dem Bericht mitgearbeitet. Das Projekt wurde von der Universität Exeter geleitet. Das Eis um die Polkappen herum wird häufig anhand von Satelliten beobachtet. Auch stützen sich Studien auf Meerestemperaturen. Um die Daten zusammenzuführen, braucht es Supercomputer.

Weitgehend einig sind sich Klimaforscherinnen und -forscher, daß sowohl der Grönländische Eisschild im Norden als auch die Westantarktis im Süden der Erde als kritische Regionen gelten. Denn mit wärmerer Atmosphäre, werden auch die Weltmeere wärmer. Das führt dazu, daß die ins Meer ragenden Ausläufer der Gletscher in der Westantarktis schmelzen, das Schelfeis.

Erst kürzlich kam eine britische Studie zum Schluss, daß für einen Teil des Schelfeises in der Westantarktis, der Amundsensee, der Kipppunkt schon erreicht ist. Auch das PIK schreibt, für einen Gletscher in der Amundsensee, den Thwaites-Gletscher könnte ein Kippen bereits unvermeidbar geworden sein. Denn ist der Schutzschild aus Schelfeis erst einmal weg, kommt auch der im Inland liegende Gletscher mit wärmerem Meer in Berührung und schmilzt.

Wann genau der Kipppunkt erreicht ist, wird man im Vorhinein nicht genau sagen können, sondern erst danach. Der Weltklimarat kommt zum Schluss, daß ein Abschmelzen des Eisschildes in der Westantarktis den weltweiten Meeresspiegel um mehr als drei Meter ansteigen lassen würde. Schmilzt das gesamte Grönländische Eis, wären es sieben Meter. Und beide Kipppunkte, der in Grönland und der in der Westantarktis, könnten bereits überschritten sein. Das PIK definiert sie für eine Erderwärmung zwischen 1,5 und drei Grad.

Latif betont: "Es ist so, wie wenn Sie im dichten Nebel auf der Autobahn fahren und irgendwo vor Ihnen ein Stau liegt, von dem Sie das Ende nicht kennen. Dann rasen Sie doch auch nicht einfach drauf los, als gebe es kein Morgen."

Quelle: <https://www.tagesschau.de/wissen/klima/kipppunkte-100.html> 6.12.23

Grüne jetzt für CCS

Die Grünen haben bei ihrer Bundesdelegiertenversammlung in Karlsruhe einen Kurswechsel im Umgang mit der unterirdischen Speicherung und Nutzung von CO₂ beschlossen.

Die Mehrheit der Delegierten folgte einem Antrag des Parteivorstands: Die Abscheidung und unterirdische Speicherung von CO₂ ist demnach für die Grünen nun ein legitimes Instrument im Umgang mit der zunehmenden Erderwärmung.

Dabei geht es um Industriezweige, bei denen technisch unvermeidbar CO₂ anfällt - wie etwa bei der Zementproduktion. Eine aktive Förderung des sogenannten Carbon Capture and Storage (CCS) für die Herstellung von blauem Wasserstoff aus Erdgas lehnen die Grünen allerdings weiterhin ab.

Quellen: <https://www.solarify.eu/2023/11/26/238-gruene-jetzt-auch-fuer-ccs/> 27.11.23

Klimawandel

Der zurückliegende September war nicht nur in Deutschland, wie berichtet, sondern auch im Weltmaßstab der wärmste je registrierte September. Wie eine Grafik des Copernicus-Klimaprogramms der EU zeigt, lag er mit außergewöhnlich großem Abstand über den bisherigen Rekordhaltern. Schon der Juni hatte einen neuen Rekord aufgestellt und im Juli und im August lag die globale Durchschnittstemperatur ähnlich weit über den bisherigen Rekorden wie jetzt im September. Seit mindestens 1890 gab es keinen derartigen Sprung. Die Copernicus-Daten reichen bis 1940 zurück. Sie sind aus den aufgearbeiteten Wetterbeobachtungen extrahiert, die in das Vorhersagemodell des Europäischen Zentrums für mittelfristige Wettervorhersagen eingespeist werden. 16,38 Grad betrug die über den ganzen Monat und von Pol zu Pol gemittelte Temperatur nach Copernicus-Angaben. Das waren 0,93 Grad Celsius mehr als der Durchschnitt der Jahre 1991 bis 2020, die bereits deutlich von der globalen Erwärmung geprägt waren.

Aus den vom Goddard Insitut der NASA in New York aufbereiteten Klimadaten ergibt sich, daß die September in diesen drei Jahrzehnten im planetaren Mittel um rund 0,79 Grad wärmer als in den drei Jahrzehnten von 1880 bis 1909 waren, oder mit anderen Worten: Der September 2023 hat erstmalig deutlich mehr als 1,5 Grad Celsius über dem vorindustriellen Niveau gelegen. Dieser Wert war in der Pariser Klimaübereinkunft 2015 als der Wert genannt worden, der möglichst nicht überschritten werden sollte. Allerdings bezieht sich das auf den Durchschnitt über mehrere Jahre.

An verschiedenen Messtationen lag die mittlere Tagestemperatur in den letzten zwölf Monaten um 1,26 bis 1,77 Grad Celsius über dem Mittelwert der Jahre 1991 bis 2020. Die Wahrscheinlichkeit ist hoch, daß 2024 genauso warm wie 2023 oder gar noch etwas wärmer ausfallen wird. Seit dem Sommer ist das Klima weiter Teile des Planeten vom Wetterphänomen El Niño geprägt. Voraussichtlich noch bis ins Frühjahr 2024 hinein wird der tropische Pazifik ungewöhnlich warm sein, und in der Regel ist das Jahr, in dem ein El-Niño-Ereignis ausklingt, ein besonders warmes Jahr. So war es unter anderem 1998 und 2016.

Seit Juni erlebt die Welt eine noch nie dagewesene Hitze an Land und im Meer. Die Temperaturanomalien sind enorm – viel größer als alles, was wir in der Vergangenheit je gesehen haben. Die antarktische Winter-Meereisausdehnung war die niedrigste, die jemals für diese Jahreszeit aufgezeichnet wurde. Besonders besorgniserregend ist, daß sich das wärmende El-Niño-Ereignis immer noch weiterentwickelt, so daß wir davon ausgehen können, daß diese rekordverdächtigen Temperaturen noch monatelang anhalten und kaskadenartigen Auswirkungen auf unsere Umwelt und Gesellschaft haben werden.

Quelle: https://www.telepolis.de/features/Klima-ausser-Rand-und-Band-Nach-dem-Rekord-ist-vor-dem-Rekord-9327261.html?wt_mc=nl.red.telepolis.telepolis-nl.2023-10-06.link.link
8.10.23

Die Temperatur des oberflächennahen Meerwassers ist weltweit ungewöhnlich hoch. Zwischen 1982 und 2011 lag die oberflächennahe Wassertemperatur im weltweiten Mittel um diese Jahreszeit bei 20,0 Grad. Der niedrigste Wert betrug 19,7, der bisher höchste 20,5, aktuell sind es 20,8 Grad. Diese Wärmeanomalie existiert seit seit März 2023. Beim letzten El Niño, welcher von 2014 bis 2016 dauerte, kam es zu weltweiten Temperaturrekorden und Niederschlagsanomalien. Auch im Zuge des aktuellen Ereignisses sind die Auswirkungen global. In Brasilien beispielweise leiden die Menschen bereits jetzt vor dem südhemisphärischen Sommer unter ungewöhnlichen Hitzewellen, und der Amazonas-Regenwald wird von der extremsten Dürre seit Beginn der Aufzeichnungen vor über 120 Jahren heimgesucht.

Am 17.11.23 wurde laut Angaben des Copernicus-Klimawandeldienst der EU mit 2,06 Grad zum ersten Mal ein Wert registriert, der mehr als zwei Grad über dem vorindustriellen Niveau, also dem Mittel der Jahre 1850 bis 1900, lag.

Die auffällige Erwärmung anderer ausgedehnter Meeresgebiete, im Atlantik und im Indischen Ozean, lassen sich jedoch nicht direkt auf El Niño zurückführen. Am 15. Januar 2022 brach der Vulkan Hunga Tonga-Hunga Ha'apai im Inselstaat Tonga im Pazifik aus. Durch die unterseeische Eruption gelangten neben kühlend wirkenden Schwefeldioxid-Aerosolen gewaltige Mengen Wasserdampf in die Stratosphäre und verteilten sich in den Folgemonaten global.

Nun ist Wasserdampf ein wirksames Treibhausgas, wirkt also erwärmend. Welche Komponente überwiegt, ist Gegenstand aktueller Forschungen. J

Die Ozeane nehmen bis zu 90% der zusätzlichen Wärmeenergie auf, die durch steigende Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre entsteht. Ein gigantischer Puffer, dessen Kapazität aber sicherlich nicht unendlich ist.

<https://www.tagesschau.de/wissen/klima/warme-meere-100.html> 23.11.23

Ozeanversauerung

Unsere Meere werden immer saurer. Die menschengemachten CO₂-Emissionen lassen die Ozeane weltweit versauern. Wird CO₂ im Wasser gelöst, entsteht Kohlensäure. Das führt zu Ansäuerung des Meerwassers – der pH-Wert sinkt. Eine weltweite Zunahme wurde nun durch Beobachtungen bestätigt. Ein Teil des gelösten CO₂ reagiert auch mit dem gelösten Karbonat im Wasser, was den Sättigungsgrad von Wasser gegenüber von Karbonatmineralien wie Aragonit (dem Baustoff der Korallen) verringert.

Quelle: ETH Zürich <https://ethz.ch/de/news-und-veranstaltungen/eth-news/news/2023/09/ozeanversauerung-in-farbigen-streifen.html>

<https://www.sonnenseite.com/de/wissenschaft/ozeanversauerung-in-farbigen-streifen/>
23.9.23

Mikroplastik-Verschmutzung

Die Europäische Kommission hat am 16.10.23 erstmals Maßnahmen vorgeschlagen, um die Verschmutzung durch Mikroplastik infolge unbeabsichtigter Freisetzung von Kunststoffpellets zu verringern, bzw. ganz zu verhindern. Derzeit werden jedes Jahr zwischen 52 und 184 Tausend Tonnen Pellets in die Umwelt freigesetzt, da die gesamte Lieferkette unsachgemäß gehandhabt wird. Die EU will die Freisetzung von Pellets um bis zu 74 % verringern.

Kunststoffpellets sind eine der größten Quellen für unbeabsichtigte Mikroplastikverschmutzung.

Mikroplastik ist persistent, sehr mobil und schwer aus der Natur zu entfernen. Sie finden sich weltweit, selbst an den entlegensten Orten und im menschlichen Körper. Die Risiken im Zusammenhang mit einer hohen Exposition des Menschen geben Anlass zu ernster Besorgnis. Kunststoffpellets finden sich in Wasser und Boden, einschließlich landwirtschaftlicher Flächen, und schaden den Ökosystemen und der biologischen Vielfalt. Pellets sind bekannt, daß sie von einer Reihe von Meeres- und Küstenarten wie Meeresschildkröten, Seevögeln und Schalentieren verzehrt werden und können nach ihrer Aufnahme körperliche Schäden oder Tod verursachen.

Quelle: <https://www.sonnenseite.com/de/umwelt/verhinderung-von-mikroplastik-verschmutzung-durch-unbeabsichtigte-freisetzung/> 17.10.23

VW-Dieselprozeß

Der frühere Audi-Chef Rupert Stadler geht in Revision. Damit ist der Dieselrußstrafprozess vor dem Landgericht München immer noch nicht abgeschlossen. Wie das Gericht am Dienstag mitteilte, haben alle drei Angeklagten Revision eingelegt.

Der Angeklagte Stadler war von 2007 bis 2018 Vorstandsvorsitzender der Audi AG und hatte den Betrug an Tausenden Käufern der manipulierten Autos am Ende des gut zweijährigen Strafverfahrens zugegeben. Zuvor hatte ihm das Gericht in Aussicht gestellt, bei einem Geständnis nicht ins Gefängnis zu müssen. Stadler wurde deshalb nur zu einer Bewährungsstrafe von einem Jahr und neun Monaten verurteilt. Außerdem sollte er 1,1 Millionen Euro teils an die Staatskasse und teils an mehrere gemeinnützige Organisationen zahlen. Es gab nicht wenige Stimmen, die diesen Deal kritisierten und das Urteil als zu milde bezeichneten.

Die Staatsanwaltschaft München legte Revision gegen die Bewährungsstrafe für den mitangeklagten Wolfgang Hatz ein, einst Chef der Audi-Motorenentwicklung. Anders als bei Stadler und dem angeklagten Ingenieur Giovanni P. hatten die Strafverfolger dem Deal mit Hatz nicht zugestimmt. Der heute 64 Jahre alte Hatz sollte nach dem Vorschlag des Gerichts ebenfalls mit einer Haftstrafe auf Bewährung von bis zu zwei Jahren und einer Zahlung von 400.000 Euro davonkommen.

Audi gilt als die Keimzelle des Dieselbetrugs im VW-Konzern. Hatz berichtete damals direkt an den Vorstand und wurde später selbst Vorstand bei der Schwestermarke Porsche. Im Audi-Prozess hatte er die Manipulation der Abgassteuerung bei den großen Dieselmotoren gestanden. Er veranlasste die Ausgestaltung der Software, mit der die Stickoxid-Grenzwerte auf dem Prüfstand eingehalten wurden, allerdings nicht mehr auf der Straße.

Stadler soll gewusst haben, daß auch Dieselmotoren in ganz Europa betroffen waren. Doch statt die Affäre aufzuklären, liefen die Verkäufe schmutziger Diesel-Audis einfach weiter. Den so entstandenen Schaden bezifferte die Wirtschaftsstrafkammer auf insgesamt 41 Millionen Euro.

Nun wird der Prozeß vor dem Bundesgerichtshof weitergehen.

Quelle: FAZ, 5.7.23

Braunkohlestrom

Die Stromerzeugung aus Braunkohle kostete 2022 rund 26,3 bis 26,5 ct/kWh. 11,8 bis 12,0 ct/kWh machen dabei die Stromgestehungskosten von Braunkohle aus (abhängig vom Alter des Kraftwerks) während 1,2 ct / kWh aus staatlichen Förderungen stammen und weitere 13,3 ct/kWh auf nicht-internalisierte externe Kosten zurückgehen. Der Börsenstrompreis betrug im Jahr 2022 durchschnittlich 23,5 ct/kWh. Im Vergleich zum Jahr 2017 hat sich der Börsenstrompreis (infolge der Gaspreiskrise) knapp verzehnfacht. Die Stromgestehungskosten von Neuanlagen erneuerbarer Energien betrugen im Mittel im Jahr 2021 6,1 ct/kWh bei neuen Onshore-Windenergieanlagen, 9,7 ct/kWh bei neuen Offshore-Windenergieanlagen und 7,1 ct/kWh bei neuen PV-Anlagen.

Quelle: Studie: „Was Braunkohlestrom wirklich kostet“ vom FÖS

Energiecharta-Vertrag

Am 21.12.23 stieg Deutschland offiziell aus dem Energiecharta-Vertrag (ECT) aus. Das Bundeskabinett hatte im November 2022 den Rücktritt von dem Abkommen beschlossen, weil es die Energiewende hemmt.

Den Vertrag haben Konzerne immer wieder genutzt, um mit milliardenschweren Klagen gegen demokratisch beschlossene Klimaschutzmaßnahmen vorzugehen. Allein in Europa (ohne Russland) schützt der ECT fossile Projekte in Höhe von über 344 Milliarden Euro.

Ein vom Umweltinstitut München veröffentlichtes Gutachten kommt zu dem Ergebnis, daß die Durchsetzung von aus dem ECT resultierenden Schadensersatzansprüchen wirksam angefochten werden kann. Dies ist besonders relevant, weil bestehende Investitionen aufgrund einer Klausel im Vertragstext nach dem Austritt noch weitere 20 Jahre lang geschützt bleiben und somit weiterhin Klagen möglich sind. Neben Deutschland verlassen auch Frankreich und Polen im Dezember endgültig den Vertrag. Die EU-Kommission schlägt mittlerweile vor, einen gemeinsamen EU-Austritt zu vollziehen.

Quelle: <https://www.sonnenseite.com/de/politik/deutschland-scheidet-offiziell-aus-dem-energiecharta-vertrag-aus/> 21.12.23

<https://umweltinstitut.org/welt-und-handel/ect-energiewende-vor-gericht/>

Industriestrom

Margarete Vestager, die Vizepräsidentin der EU-Kommission und oberste Wettbewerbshüterin der EU, warnt vor Wettbewerbsverzerrungen durch subventionierte Strompreise für die Industrie, wie das Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck und die SPD fordern.

Dieser, sogenannte "Brückenstrompreis", soll 6 ct/kWh für 80% des Strombedarfs der betroffenen Unternehmen betragen, und so bis zum Jahr 2030 sicherstellen, daß diese mit günstigem Strom versorgt werden.

Berlin diskutiert einen Vorschlag für einen speziellen Industriestrompreis, um zu verhindern, daß Unternehmen in Regionen mit günstigeren Energiepreisen abwandern. Langfristig geht sein Vorschlag davon aus, daß kostengünstige erneuerbare Energien die Strompreise durch zwei Instrumente drücken werden: Differenzverträge (Contracts for Difference, CfDs), die die Gewinne deckeln und gleichzeitig ein Mindesteinkommen garantieren, und Stromabnahmeverträge (Power-Purchase Agreements, PPAs), die mehrjährige Abnahmegarantien beinhalten.

Ein solches Modell gemeinsamer Anleihen könnte an die Funktionsweise des SURE-Programmes angelehnt werden, hieß es in Habecks Papier. Dieses hatte es den EU-Ländern während der Corona-Krise ermöglicht, zusätzliche Schulden für Kurzarbeits- und Arbeitslosengeld zu günstigen Konditionen aufnehmen zu können.

Vertreter der EU-Kommission sowie von Mitgliedsstaaten, darunter auch Bundeskanzler Olaf Scholz, hatten hervorgehoben, daß solche Industriezweige auch in der EU bereits mit Milliardensubventionen unterstützt werden. Unternehmen klagen jedoch darüber, daß der Zugang zu Steuerrabatten in den USA deutlich leichter sei, während Subventionen in Europa häufig über komplizierte und langwierige Förderprogramme beantragt werden müssen.

Dazu können EU-Länder Unternehmen den gleichen Betrag anbieten, wie ihn ein ausländischer Staat geboten hat, um etwa eine Batteriefabrik in Europa statt in den USA aufzubauen. Dies könne auch in Form einer Steuererleichterung erfolgen, so Vestager weiter. „Uns ist es egal, ob es sich um einen Zuschuss oder eine Steuervergünstigung oder was auch immer handelt“, sagte sie.

Nur auf Subventionen zu schauen, reiche dabei aber nicht aus. „Langfristige Wettbewerbsfähigkeit lässt sich nicht auf Subventionen aufbauen“, sagte sie.

Quelle: <https://www.euractiv.de/section/binnenmarkt-und-wettbewerb/news/industriestrom-eu-kommissarin-mahnt-deutschland-zu-grosser-vorsicht/> 8.5.23

Peer-to-Peer-Stromhandel

Eine dena-Studie zeigt die Potenziale eines dezentralen Energiesystems. Dezentrale Energiesysteme verlagern die Energieerzeugung in die Nähe der Orte, an denen Energie verbraucht wird.

Im P2P-Stromhandel können Teilnehmende im Stromsystem, also sowohl Erzeuger als auch Verbraucher, direkt und ohne Zwischenhändler untereinander Strom kaufen und verkaufen. Die Studienergebnisse zeigen, daß die Einbindung von dezentralen Verbrauchs- und Erzeugungseinheiten in lokale, regionale oder landesweite P2P-Strommärkte abhängig vom geographischen Ausmaß, zu markanten Reduktionen der Stromkosten für die Endkunden führen kann: Von 4% bei lokaler Implementation bis 20% bei nationaler Marktöffnung. Teilnehmende am P2P-Stromhandel können Strom günstiger beziehen, was zu einer verbesserten Deckung der Stromerzeugung und des -verbrauchs auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene führt.

Quelle: <https://www.sonnenseite.com/de/energie/peer-to-peer-stromhandel-2030-dena-studie-zeigt-potenziale-eines-dezentralen-energiesystems/> 30.11.23
https://www.dena.de/fileadmin/dena/Publikationen/PDFs/2023/STUDIE_Das_dezentralisierte_Energiesystem_im_Jahr_2030.pdf

Erdgasimporte aus Russland

Trotz der Bemühungen der EU, ihre Abhängigkeit von russischen fossilen Brennstoffen zu verringern, ist die EU auf dem besten Weg, im laufenden Jahr eine Rekordmenge an russischem Flüssigerdgas (LNG) zu importieren. Belgien und Spanien hätten sich als wichtige Abnehmer erwiesen und lägen bei den russischen LNG-Importen gleich hinter China.

Die LNG-Importe der EU sind in den ersten sieben Monaten dieses Jahres nach dem Einmarsch Russlands in der Ukraine um 40 % in die Höhe geschneit, während der weltweite Durchschnitt bei 6 % lag.

Die Gaseinfuhren der EU aus Russland beliefen sich zwischen Januar und Juli 2023 auf 21,6 Mio. bzw. 16 % der gesamten LNG-Einfuhren der EU in Höhe von 133,5 Mio. Kubikmetern. Damit ist Russland nach den USA der zweitgrößte Lieferant von Flüssiggas in der EU.

Quelle: <https://www.solarify.eu/2023/09/08/011-eu-importiert-rekordmengen-an-verfluessigtem-erdgas-aus-russland/> 11.9.23

PV-Industrie

Die chinesischen Anbieter von Solarmodulen verkaufen in China nicht genug PV-Module und Amerika und Indien verhängen Importverbote. Aber die EU schaut dem Treiben zu. Jetzt sind PV-Module für 10 ct/W zu haben.

Es ist ein ruinöser Verdrängungswettbewerb der Produzenten aus China, die ihre Ware unbedingt in Europa loswerden wollen. Der chinesische Markt wächst war zwar stark, mit 95 Gigawatt Zubau in diesem Jahr. Aber er schwächelte, weil die Wirtschaft im Reich der Mitte stottert.

Sie müssen ihre Ware in Europa loswerden, weil neue Zelltechnologien die alten Perc-Module ausstechen. Mit Milliarden Yuan Staatshilfen haben sie gigantische Werke aus dem Boden gestampft, die nun eine gigantische Überproduktion in die Märkte drücken. Der einzig noch offene und ungeschützte Markt ist Europa, deshalb staut sich die Ware in Rotterdam.

Die meisten Anbieter aus Fernost sind ja nicht einmal bei WEEE registriert, nehmen also am Entsorgungskreislauf für Altgeräte (dazu zählen auch Solarmodule) nicht teil. Allein das

wäre eine Handhabe für den Zoll, denn ohne WEEE-Nummer dürfen solche Produkte in Europa nicht vertrieben werden. Das nur am Rande.

Statt dessen brüten die Beamten darüber, wie eine resiliente Solarindustrie in Europa entstehen könnte. Sie streiten, auf allen Ebenen: Welches Modell könnte erfolgreich sein? Förderung über Capex oder Opex, über Investitionszuschüsse oder Vorschriften zum Local Content? Und wie lässt sich der Anschein von fairem Wettbewerb aufrechterhalten – in einem Markt, der brutal überrollt wird?

Die Preise für Solarmodule sind seit Jahresbeginn 2023 um 80% gefallen. Zudem ist der Markt in Deutschland seit dem dritten Quartal um rund 40% geschrumpft.

Der Untergang der in Deutschland verbliebenen Hersteller wie Meyer Burger oder Heckert Solar rückt näher. Nicht mangelnde Wettbewerbsfähigkeit ist das Problem. Sondern daß alle Regeln des Wettbewerbs ausgehebelt werden.

Quelle: <https://www.photovoltaiik.eu/blog/solarindustrie-dumpingpreise-zerstoeren-zukunftswirtschaft> 6.12.23

Gebäudeenergiegesetz

Nach monatelangem Gezerre hat der Deutsche Bundestag am 8.9.23 das Gebäudeenergiegesetz (GEG, Heizungsgesetz) beschlossen, welches das Heizen deutlich klimafreundlicher machen soll. Das BVerfG könnte das Gesetz aber wegen formeller Mängel des Verfahrensablaufs stoppen. Die Novelle soll dazu führen, daß alle Öl- und Erdgasheizungen nach und nach ausgetauscht werden. Künftig soll jede neu eingebaute Heizung zu 65% mit erneuerbaren Energien betrieben werden. Das Gesetz soll zunächst nur für Neubauten gelten. Für Bestandsbauten soll eine kommunale Wärmeplanung verbindlich werden.

Der Umstieg auf Erneuerbare erfolgt technologieoffen. Bei einem Heizungseinbau oder -austausch können HauseigentümerInnen frei unter verschiedenen Lösungen wählen: Anschluss an ein Wärmenetz, elektrische Wärmepumpe, Stromdirektheizung, Biomasseheizung, Hybridheizung (Kombination aus Erneuerbaren-Heizung und Gas- oder Ölkessel), Heizung auf der Basis von Solarthermie und „H2-Ready“-Gasheizungen, also Heizungen, die auf 100% Wasserstoff umrüstbar sind. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß es einen rechtsverbindlichen Investitions- und Transformationsplan für eine entsprechende Wasserstoffinfrastruktur vor Ort gibt. Daneben ist jede andere Heizung auf der Grundlage von Erneuerbaren Energien bzw. eine Kombination unterschiedlicher Technologien zulässig. Dann ist ein rechnerischer Nachweis für die Erfüllung des 65%-Kriteriums zu erbringen.

Öl- und Gasheizungen, die ab 2024 eingebaut werden, müssen ab 2029 stufenweise ansteigende Anteile von grünem Gasen oder Öl verwenden: Ab 2029 15%, ab 2035 30% und ab dem 2040 60%.

Alle Antragstellenden können eine Grundförderung von 30% der Investitionskosten erhalten. Haushalte im selbstgenutzten Wohneigentum mit einem zu versteuernden Jahreseinkommen von unter 40.000 Euro erhalten noch einmal 30% Förderung zusätzlich (einkommensabhängiger Bonus). Außerdem ist für den Austausch alter Heizungen ein Klima-Geschwindigkeitsbonus von 20% bis 2028 vorgesehen, welcher sich ab 2029 alle 2 Jahre um 3%punkte reduziert. Die Boni sind kumulierbar bis zu einer maximalen Förderung von 70%.

Quelle: <https://www.solarify.eu/2023/09/09/012-gebaeudeenergiegesetz-beschlossen/> 11.9.23

Wasserstoff-Importe

Grüner Wasserstoff und seine Folgeprodukte Ammoniak, Methanol und synthetisches Kerosin speichern Strom aus Sonne und Wind. Das ISE-Institut hat 39 Regionen in 12 Ländern untersucht, wo die Herstellung solcher Power-to-X-Produkte bis zum Jahr 2030 in Verbindung mit dem Transport nach Deutschland am günstigsten umsetzbar wäre. Das Ergebnis: Für den Import grünen Ammoniaks, Methanols und Kerosins bieten Brasilien, Kolumbien und Australien besonders gute Bedingungen. Importe von gasförmigem grünem Wasserstoff könnten aus Südeuropa oder Nordafrika stammen, sofern dafür rechtzeitig Pipelines zum Transport zur Verfügung stehen.

Solche Großprojekte haben lange Planungs- und Bauphasen, so daß eine Realisierung in geeigneten Produktionsländern schon jetzt eingeleitet werden sollte. Die lokalen Produktionskosten für gasförmigen grünen Wasserstoff sind am niedrigsten in Brasilien, Australien und dem Norden Kolumbiens. Zwischen 96 und 108 Euro kostet dort die Produktion einer Megawattstunde grünen Wasserstoffs, das sind rund 3,20 bis 3,60 Euro pro Kilogramm. Wird der Ferntransport per Schiff entweder in Form von Flüssigwasserstoff oder Ammoniak berücksichtigt, ergeben sich unter bestmöglichen Bedingungen Bereitstellungskosten für Deutschland von 171 Euro pro Megawattstunde in Bezug auf den Energiegehalt von sowohl Flüssigwasserstoff als auch Ammoniak. Die hohen kombinierten Volllaststunden für Solar- und Windenergieanlagen in diesen Ländern und die damit verbundene hohe Auslastung der derzeit noch kapitalintensiven Power-to-X-Prozesse sind laut Studie ein zentraler Vorteil dieser Länder.

Eine Alternative sieht die Studie im Import von gasförmigem Wasserstoff via Pipeline nach Deutschland mit der Möglichkeit zur anschließenden Weiterverarbeitung zu seinen Folgeprodukten vor Ort. Regionen in Südeuropa und Nordafrika schneiden bei diesem Szenario am besten ab.

Quelle: <https://www.sonnenseite.com/de/energie/fraunhofer-ise-studie-woher-deutschlands-importe-fuer-wasserstoff-und-power-to-x-produkte-kommen-koennten/>
5.9.23

https://www.ise.fraunhofer.de/content/dam/ise/de/images/presseinfos/2023/Map_Cost-Overview%20with%20regions.png

Agora Energiewende untersuchte gemeinsam mit der Technischen Universität Hamburg unterschiedliche Transportmethoden von Wasserstoff per Schiff. Wasserstoff per Schiff kostet bis zu 5 Euro/kg.

Mit Kosten von unter einem Euro pro Kilogramm Wasserstoff sind Pipelines der günstigste Weg erneuerbaren Wasserstoff nach Deutschland zu importieren. Bei der alternativen Einfuhr von Wasserstoffträgern per Schiff steigen die Kosten aufgrund der Rückumwandlung zu Wasserstoff auf etwa 2 bis 5 Euro pro Kilogramm Wasserstoff. Derivate wie grüner Ammoniak oder brikettierter Eisenschwamm (HBI) stellen mit unter 1,5 Euro je Kilogramm Wasserstoff eine besonders günstige Lösung dar, aber nur wenn diese Stoffe direkt ohne teure Umwandlung weiterverarbeitet werden können, etwa für die Düngemittel- oder Stahlherstellung.

Quelle: <https://www.sonnenseite.com/de/energie/kosten-und-risiken-der-einfuhr-von-wasserstoffderivaten-per-schiff/> 19.9.23

<https://www.agora-energiewende.de/presse/pressemitteilungen/kosten-und-risiken-der-einfuhr-von-wasserstoffderivaten-per-schiff-1/>

Ein Methanolreaktor ist bereits als Pilotanlage in Chile in Betrieb. Das ist allerdings eine sehr kleine Anlage, die nur eine halbe Million Liter Kraftstoff jährlich produzieren kann. In der Schifffahrt werden jährlich 300 Millionen Tonnen an Schweröl verbrannt, die zu

substituieren sind. Wenn man das mit Methanol macht, braucht man 120 Millionen Tonnen Wasserstoff und 850 Millionen Tonnen CO₂. Wir reden sehr viel über Wasserstoff, aber wir brauchen achtmal mehr Kohlendioxid. Die CO₂-Abscheidung aus der Luft wird eines Tages zur Reife kommen, aber heute noch nicht in den Mengen, die wir brauchen. Es gibt Industriezweige, da fällt aufgrund der Verfahrenstechnologie zwangsläufig CO₂ an, etwa in der Zementindustrie.

Die Energiedichte von Methanol ist etwa um den Faktor zwei geringer als die von Schweröl. Auf den langen Strecken, etwa von Asien nach Europa, müsste häufiger Kraftstoff gebunkert werden. Aber das hängt davon ab, wo der Kraftstoff zur Verfügung steht. Maersk, die größte Containerschiffreederei Europas, hat sich zur Klimaneutralität bis 2040 verpflichtet.

Es gibt derzeit 20.000 Schiffsmotoren, große Zweitaktmaschinen, auf hoher See, die auf Methanol umgerüstet werden könnten. Völlig kohlenstofffreier Ammoniak kann auch als Kraftstoff genutzt werden. Allerdings handelt es sich dabei um ein Reizgas, aber für ein Containerschiff wäre es ein idealer Kraftstoff. Es entstehen durch die Verbrennung nur Stickstoff und Wasser.

Wasserstoff schwimmt und fliegt, für die Hochseefahrt und für die Luftfahrt braucht man Wasserstoff als Basis. Aber der allein reicht nicht. es braucht immer noch einen Zusatzstoff. Die Zahlen sind ähnlich. Die Luftfahrt muß etwa 300 Millionen Tonnen fossiles Kerosin ersetzen. Diese zwei Industriezweige sollten den Aufbau einer Infrastruktur zusammen vorantreiben.

Die Europäische Union will verhindern, daß wir die Emissionen von Stahl- und Zementwerken aus anderen Ländern importieren. Das führt aber auch dazu, daß die dort produzierten Treibstoffe dann nicht nach Europa importiert werden können.

Elektrolyseure benötigen eine Genehmigung, um eine Wasserstoffanlage betreiben zu dürfen. In den Vereinigten Staaten vergehen von der Anfrage einer Abscheideanlage für Kohlendioxid bis zum Auftragserhalt zwei, drei Monate.

Quelle: FAZ, 21.11.23, Technikgespräch mit Uwe Lauber, dem Chef von MAN Energy Solutions

Patent auf Brokkoli

Am 13.9.23 hat das Europäische Patentamt (EPA) ein Patent auf konventionell gezüchtete Brokkolisorten mit einem erhöhten Gehalt an gesundheitlich wertvollen Bitterstoffen (Glucosinulaten) für die Firma Seminis (Bayer/ Monsanto) erteilt (EP2708115). Die Pflanzen stammen aus einer Züchtung mit wildem Brokkoli, der natürlicherweise einen hohen Gehalt an Glucosinulaten aufweist und auf Sizilien vorkommt. Diese Pflanzen wurden mit kommerziell gehandelten Brokkolisorten gekreuzt, die einen geringeren Gehalt an diesen Inhaltsstoffen haben. Das Ergebnis sind Brokkolisorten mit einem höheren Gehalt an Glucosinulaten, die aber weder neu noch erfinderisch sind.

Dieses Brokkoli-Patent ist nur eine Wiederholung eines Patentes, das bereits 2002 auf Brokkoli mit einem erhöhten Gehalt an Glucosinulaten erteilt wurde und ebenfalls aus Kreuzungen mit wildem Brokkoli aus Sizilien stammt (EP 1069819). Es gibt nur geringfügige Unterschiede zwischen diesen Patenten, letztlich wurde dieses neue Patent auf Pflanzensorten mit den gleichen Eigenschaften erteilt.

Schon das erste Patent wurde von Monsanto dazu genutzt, die Produktion eines „Super-Brokkoli“ zu behaupten, der in Supermärkten zu höheren Preisen gehandelt wurde. Es war dieses Patent, das eine jahrelange erhitzte Diskussion und harsche Kritik in Bezug auf die Patentierung konventionell gezüchteter Pflanzen auslöste. In Reaktion beschlossen die (damals 38) Vertragsstaaten des EPA, daß in Zukunft keine derartigen Patente mehr erteilt werden dürfen.

Dieses zweite Patent auf einen „Super-Brokkoli“ ist ein Schlag ins Gesicht der Regierungen der Vertragsstaaten des EPA, die der Patentierung von konventionell gezüchteten Patenten ein Ende setzen wollten. Die Erteilung des Patentes zeigt, wie die großen Konzerne, das EPA und die mit ihnen verbundene ‚Patent-Industrie‘ versuchen, demokratische Entscheidungen zu umgehen, um ihre eigenen Interessen zu verfolgen. Im Jahr 2023 wurden bereits ein Dutzend weitere Patente auf konventionell gezüchtete Pflanzen erteilt, die Paprika, Melonen, Tomaten, Weizen, Spinat, Gurken, Zuckerrüben und Stevia betreffen. Unter den Patentinhabern sind BASF (Nunhems), KWS und Rijk Zwaan. Zudem wurde am 12. September ein Einspruch gegen ein BASF-Patent auf buschige Melonen zurückgewiesen, die ursprünglich nur per Zufall entdeckt worden waren. Das EPA versucht den Rechtsbruch hinter komplizierten rechtlichen Begründungen zu verstecken. Aber diese ‚Entschuldigungen‘ und ‚speziellen Regeln‘ können nicht akzeptiert werden. Im Ergebnis betreffen diese Patente konventionell gezüchtete Pflanzensorten. Derartige Patente sind nach dem Europäischen Patentübereinkommen (EPÜ), das inzwischen seit 50 Jahren die Rechtsgrundlage des EPA ist, verboten. Dieses Verbot schützt die Interessen der Öffentlichkeit, der Pflanzenzüchtung, der Landwirtschaft, der Lebensmittelproduktion und der Verbraucher.

Quelle: Quelle: <https://www.no-patents-on-seeds.org/de/news/super-brokkoli> 28.9.24

Glyphosat-Zulassung

Die EU-Kommission will die Zulassung des umstrittenen Herbizids Glyphosat um weitere 10 Jahre bis Dezember 2033 verlängern. Grundlage für die Entscheidung der EU-Kommission ist die Einschätzung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA). Diese hatte Anfang Juli mitgeteilt, daß der Einsatz von Glyphosat keine inakzeptablen Gefahren bergen soll. Die EFSA steht bei Kritikern im Verdacht einer Lobbyismus-Nähe.

Der zuständige Fachausschuss mit Fachleuten aus den Mitgliedstaaten muß nach der Entscheidung der EU-Kommission zunächst darüber beraten, eine Entscheidung soll möglichst im November fallen. Dort bedarf es einer qualifizierten Mehrheit gegen den Vorschlag der Kommission, um ihn abzulehnen, sprich es müssen mindestens 55% der Staaten, die mindestens 65% der EU-Bevölkerung repräsentieren, dagegen sein. Ist nur eine einfache Mehrheit dagegen, kann die Kommission den Vermittlungsausschuss anrufen. Das Europaparlament hat gar kein Mitspracherecht. Die bisherige Zulassung läuft am 15.12.23 aus.

Die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag vereinbart, Glyphosat bis Ende des Jahres vom Markt zu nehmen. Das EU-Recht erlaubt in dieser Frage allerdings keine nationalen Alleingänge. Schon im Frühjahr war in Luxemburg das nationale Verbot für Glyphosat gerichtlich aufgehoben worden. Der Grund: Solange der Wirkstoff EU-weit zugelassen ist, sei ein nationaler Sonderweg unbegründet.

Die längere Zulassung steht im krassen Gegensatz zum Vorsorgeprinzip der EU, das die Verbraucher schützen solle. Während Opfer des Giftstoffs in den USA erfolgreich gegen den Hersteller Bayer-Monsanto klagen, droht Europa Konzerninteressen über die Gesundheit von Mensch und Natur zu stellen. Auch die Weltgesundheitsorganisation (WHO) verdächtigt Glyphosat, krebserregend zu sein.

Quelle: FAZ, 21.9.23, „Längere Glyphosat-Zulassung geplant“

Die EU-Kommission konnte unter den europäischen Mitgliedstaaten keine Mehrheit für ihren Vorschlag finden, das Pflanzengift Glyphosat für weitere 10 Jahre zuzulassen. Über die Zukunft des Unkrautvernichters wird nun in einem Berufungsausschuss entschieden.

Das Umweltinstitut München kritisiert scharf, daß die deutsche Bundesregierung sich bei dieser Abstimmung enthalten hat.

Bei der Abstimmung im EU-Ausschuss für Pflanzen, Tiere, Lebens- und Futtermittel (PAFF-Ausschuss) fand sich am Freitag weder eine qualifizierte Mehrheit für noch gegen die erneute Genehmigung von Glyphosat für zehn Jahre. Daher werden die europäischen Mitgliedstaaten im so genannten Berufungsausschuss zur Abstimmung gebeten, der in den kommenden Wochen zusammentreten soll. Die deutsche Bundesregierung hat es trotz Federführung zweier grüner Ministerien und einem eindeutigen Koalitionsvertrag nicht geschafft, sich klar gegen die Wiedertzulassung von Glyphosat zu positionieren. Sollte auch bei der Abstimmung im Berufungsausschuss keine qualifizierte Mehrheit zustandekommen, ist wieder die EU-Kommission am Zug. Sie kann die Zulassung für Glyphosat einfach auslaufen lassen, wie sie es bereits 2017 im letzten Abstimmungskrimi um Glyphosat angekündigt hatte. Damals hatte der deutsche CSU-Agrarminister Christian Schmidt mit seinem skandalösen Alleingang in letzter Minute doch noch für eine Wiedertzulassung gesorgt.

Quelle: Umweltinstitut München

<https://www.sonnenseite.com/de/politik/eu-kommission-findet-keine-mehrheit-fuer-glyphosat-entscheidung-vertagt/> 14.10.23

Glyphosat löst bei Ratten Leukämie aus

Seit mehreren Jahren arbeitet das italienische Ramazzini Institut zusammen mit mehreren internationalen Forschungseinrichtungen an einer umfassenden Glyphosatstudie, der Global Glyphosate Study (GGS). Auf einer Tagung präsentierten die Forschenden nun erste Ergebnisse.

Diese zeigen, daß glyphosathaltige Unkrautvernichtungsmittel Leukämie auslösen können – zumindest bei Ratten.

Die Tiere erhielten über zwei Jahre hinweg täglich entweder den reinen Wirkstoff oder ein glyphosathaltiges Herbizid, entweder das in Europa zugelassene Roundup Bioflow oder das in den USA eingesetzte Ranger Pro. Die verschiedenen Tiergruppen erhielten die Substanzen über das Trinkwasser: jeweils 0,5, 5 oder 50 mg/kg Körpergewicht und Tag. Die Menge von 50 mg entspricht der Konzentration, bei der bisher nach Ansicht der EU-Lebensmittelbehörde EFSA in Tierversuchen mit Glyphosat keine negativen Effekte beobachtet wurden. Abgeleitet davon gilt in der EU aber nur die Menge von 0,5 mg Glyphosat/kg Körpergewicht als akzeptable tägliche Aufnahmemenge durch den Menschen.

In der Studie erkrankten in der 0,5mg-Glyphosat-Gruppe 2 von 102 Tieren an Leukämie. In den Gruppen mit 5 und 50mg war es jeweils eins von 102 Tieren. Bei Ranger Pro waren es in den drei Gruppen eins, zwei und vier Tiere; bei Roundup traten in der 50mg-Gruppe drei Leukämiefälle auf.

Als besonders bedenklich bezeichnete es Studienkoordinator Daniele Mandrioli, daß bei der höchsten Dosierung die meisten Fälle schon im ersten Lebensjahr der Tiere auftraten. „Diese Ergebnisse sind von so großer Bedeutung für die öffentliche Gesundheit, daß wir beschlossen haben, sie jetzt vor der Veröffentlichung zu präsentieren.“

Quelle: GGS_25-10-2023-compressed.pdf (glyphosatestudy.org)

BioHandel, 2.11.23

Gericht bestätigt Rechtswidrigkeit des Anwendungsverbots

Das deutsche Anwendungsverbot für Glyphosat ist nach der EU-Entscheidung zur Verlängerung der Wirkstoffgenehmigung bis 2033 rechtlich nicht haltbar. Das hat das Verwaltungsgericht Aachen in einem Eilverfahren festgestellt.

Die Europäische Kommission hatte Ende November mit einer Durchführungsverordnung (EU/2023/2660) entschieden, die Genehmigung des Wirkstoffs Glyphosat in der EU um 10 Jahre zu verlängern. Die EU-Verordnung gilt ab dem 16. Dezember 2023.

Die Hersteller können nun innerhalb von drei Monaten ab Erneuerung der Wirkstoffgenehmigung einen Antrag auf Erneuerung der Zulassung stellen. Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) hat bestehende Zulassungen für Glyphosat-haltige Pflanzenschutzmittel gestern um ein Jahr bis zum 15.12.24 verlängert. Eine Verlängerung erhielten zum Beispiel Roundup Express und Glister ultra.

Quelle: https://www.agrarheute.com/management/recht/glyphosat-gericht-bestaetigt-rechtswidrigkeit-anwendungsverbots-613881?utm_campaign=ah-mo-fr-nl&utm_source=ah-nl&utm_medium=newsletter-link&utm_term=2023-12-05 5.12.23

neue Nachrichtendienstgesetze

Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI), Prof. Ulrich Kelber, sieht bei den Neuerungen der Gesetze der Nachrichtendienste noch datenschutzrechtliche Mängel: "Der BND soll Informationen zur politischen Unterrichtung der Bundesregierung auch nachgeordnete Behörden des Bundes und Behörden der Länder übermitteln dürfen. Nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts ist dies jedoch nur im Fall einer unmittelbar bevorstehenden Gefahr für ein überragendes Rechtsgut erlaubt."

Auch bei der Novellierung des Bundesverfassungsschutzgesetzes und des Gesetzes für den MAD sieht BfDI Professor Kelber Nachbesserungsbedarf. „Es bleiben Unsicherheiten und Lücken.“

Positiv sieht der BfDI, daß eine konkretisierte Gefahr für besonders wichtige Rechtsgüter vorliegen muß, wenn Nachrichtendienste Informationen an Gefahrenabwehrbehörden weitergeben wollen. Dies fordert auch das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung vom April 2022.

Der BfDI kritisiert aber auch schon die Erhebung bestimmter Daten: Es gibt keine spezifische Rechtsgrundlage für das systematische Erfassen und Zusammenführen von öffentlich zugänglichen Daten. Durch solche Analysen gebildete Profile stellen einen erheblichen Eingriff in die informationelle Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger dar. Kritikpunkte verbleiben auch bei den neuen Vorschriften über die Datenverarbeitung der Nachrichtendienste zum Zweck der Eigensicherung. Es fehlen insbesondere Angaben zu Speicherfristen, Bestimmungen zur Zweckbindung und Kennzeichnungspflichten und damit grundsätzliche datenschutzrechtliche Anforderungen. Außerdem unterscheiden sich die Vorgaben zur Eigensicherung der jeweiligen Nachrichtendienste, ohne daß es dafür einen zwingenden Grund gibt.

Der BfDI kritisierte, daß er nur 7 Arbeitstage und einmal sogar nur 48 Stunden Zeit bekam, um zu diesen umfangreichen Gesetzentwürfen Stellung zu nehmen. „Solche Fristen sind nicht akzeptabel.“

Quelle:

https://www.bfdi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/DokumenteBfDI/Stellungnahmen/2023/StgN_Reform-Nachrichtendienstrecht.html?nn=251944 17.11.23

Schuldenbremse

Die Regierung darf Haushaltsmittel für den Kampf gegen Corona nicht für den Klimaschutz verwenden. Das hat das Bundesverfassungsgericht entschieden. Es geht um 60 Milliarden Euro. Die Änderung des Nachtragshaushalts 2021 ist verfassungswidrig.

Es ist das erste Mal, daß Karlsruhe zur Schuldenbremse urteilt. Demnach hat der Gesetzgeber zwar einen Spielraum, wie er mit einer Notlage umgehen will und durfte also 2021 ausnahmsweise Schulden machen. Wegen der Notfallsituation während der Corona-Pandemie hatte der Bund den Haushalt 2021 nachträglich in Form einer Kreditermächtigung um 60 Milliarden Euro aufgestockt. Am Ende wurde das Geld aber nicht für die Bewältigung der Pandemie und ihre Folgen gebraucht. Die Bundesregierung aus SPD, Grünen und FDP wollte das Geld daher für den sogenannten Klima- und Transformationsfonds nutzen und schichtete es mit Zustimmung des Bundestages 2022 um.

197 Abgeordnete der Unionsfraktion im Bundestag klagten dagegen in Karlsruhe, weil aus ihrer Sicht auf diese Weise die Schuldenbremse umgangen wird. Unionsfraktionsvize Mathias Middelberg hatte bei der mündlichen Verhandlung im Juni gesagt, die Schuldenbremse brauche eine wirkliche Bremswirkung, damit nicht immer wieder Vorratskassen angelegt und Verwendungszwecke geändert würden. Auch in Notlagen müsse klar sein, wo der Spielraum des Staates für Kreditermächtigungen ende, ergänzte der Bevollmächtigte der Union, Karsten Schneider.

In einer Eilentscheidung im November 2022 hatte das Gericht grünes Licht gegeben - auch mit Blick auf Verbraucherinnen und Verbraucher. Denn würde das Ganze gestoppt, stellte es sich später aber als verfassungsgemäß heraus, wäre der Schaden etwa in Form von Strompreiserhöhungen womöglich groß, hieß es zur Begründung.

Quelle: <https://www.tagesschau.de/inland/bundesverfassungsgericht-schuldenbremse-102.html> 15.11.23

Katargate

Ein Jahr nach dem größten Korruptionsskandal im Europäischen Parlament sind die wichtigsten Beschuldigten auf freiem Fuß und teilweise wieder im Parlament tätig. Die Ex-EU-Parlamentspräsidentin Eva Kaili, Marc Tarabella und Antonio Cozzolino sind vorerst wieder auf freiem Fuß und zwei von ihnen sind ins Europäische Parlament zurückgekehrt. Die Beschuldigten streiten alles ab und stilisieren sich als Opfer.

Am 9.12.22 verhaftete die belgische Polizei die damalige Parlaments-Vizepräsidentin Eva Kaili, ihren Vater und ihren Partner und Mitarbeiter Francesco Giorgi in Brüssel, wenige Tage später den ehemaligen Abgeordneten Pier Antonio Panzeri und im Februar 2023 zwei weitere Abgeordnete: den Belgier Marc Tarabella und den Italiener Andrea Cozzolino. Die Vorwürfe: Korruption, Geldwäsche und die Bildung von kriminellen Organisationen. Insgesamt wurden 1,5 Millionen Euro bei ihnen gefunden, allein bei Kailis Vater 750.000 Euro in bar in einem Koffer, in der Wohnung von Kaili und Giorgi nochmal 150.000 Euro und 600.000 Euro zu Hause bei Panzeri. Auch die Abgeordnete und bis Januar 2023 dem Menschenrechtsausschuss Vorsitzende Maria Arena ist verdächtigt, wenn die Fakten derzeit offenbar auch nicht zu einer Aufhebung der Immunität reichen.

Jetzt, ein Jahr später, lässt sich durch Ermittlungen und Panzeris Bereitschaft zur Aussage gegen Straferleichterungen ein Puzzle zusammetragen. Alle Beschuldigten arbeiteten offenbar in einem Netzwerk, das gegen Geld die EU-Politik zugunsten der Regierungen von Katar, Marokko und Mauretanien beeinflusste.

Drahtzieher war der ehemalige EU-Abgeordnete und Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses des EU-Parlaments Pier Antonio Panzeri. Er hatte nach dem Ausscheiden aus dem Parlament die Organisation „Fight Impunity“ gegründet, die die

Abgeordneten anwies, wie sie Einfluss nehmen sollten, und das Geld verteilte. Die ausgerechnet als Menschenrechtsorganisation getarnte Korruptionsmaschinerie trug sich nicht ins Brüsseler Lobbyregister ein und kooperierte doch aufs Engste mit Abgeordneten. Francesco Giorgi, Kailis Partner, arbeitete zum einen für Panzeris Organisation, zum anderen für den beschuldigten Abgeordneten Cozzolino.

Obwohl Panzeri mit der Justiz kooperiert und Giorgi sich selbst belastet, verläuft die strafrechtliche Aufklärung des Falles alles andere als gut. Das liegt an einer geschickten Verteidigungsstrategie der Beschuldigten, widersprüchlichen Aussagen und einem Ermittlungsrichter mit Interessenskonflikten.

Eva Kaili, das Gesicht des Skandals, hat von Anfang an alles abgestritten. Sie lässt verbreiten, daß der belgische Geheimdienst sie aus anderen Gründen zum Schweigen bringen will und tut alles, um den Skandal in einen Justizskandal umzudrehen – teilweise auch mit Erfolg. Der Justiz wirft ihre Verteidigung vor, daß die Aufhebung der Immunität nicht rechtens war, wie auch die Verwendung von geleakten Gesprächsmitschnitten von Panzeri. Nun muß sich das Gericht zunächst mit eigenen Verfahrensfehlern beschäftigen. Dabei sind die Vorwürfe gegen Kaili in ihrer Summe eigentlich erdrückend. Kaili ist unter anderem nach Katar auf Kosten des Gastgebers gereist, hat sich in auffälliger Weise im Parlament positiv zu den Arbeitsrechten in Katar geäußert. Sie hat an der Abstimmung im Ausschuss zur Visa-Erleichterung teilgenommen, obwohl sie gar nicht Mitglied im Ausschuss war. Und sie lud die damalige Vize-Parlamentspräsidentin Metsola und ihre Familie sowie ihren Kabinettschef zur Fußball-WM nach Katar ein. Nicht zu vergessen das viele Bargeld, das in ihrer gemeinsamen Wohnung mit Giorgi und bei ihrem Vater gefunden wurde. Es wäre ein schwerer Schaden für die Demokratie, wenn der Skandal nicht aufgeklärt würde.

Nach wie vor ist die Durchsetzung und Kontrolle der Regeln das Kernproblem. Am Ende entscheidet das Büro der Parlamentspräsidentin über Sanktionen, und dieses hat noch nie eine Sanktion für einen Verstoß gegen die Regeln bei Interessenkonflikten verhängt. Der beratende Ausschuss des Parlaments, der sich um Interessenkonflikte kümmern soll, sollte eigentlich im Zuge der Reformen nach dem Skandal um unabhängige Experten erweitert werden. Das hat die europäische konservative Partei – in der die CDU/CSU Mitglied ist – aber verhindert. Sollten die im Gremium versammelten Abgeordneten wirklich mal zu dem Schluss kommen, ihre Kollegen zu sanktionieren, kann die Parlamentspräsidentin diese Empfehlung in der Schublade verschwinden lassen. Die Kultur der Straflosigkeit lebt fort.

Das vom Parlament vorgeschlagene, eigentlich sinnvolle Ethik-Gremium für Parlament und Kommission wurde von der EU-Kommission völlig aufgeweicht und wird keinerlei Einfluss auf konkrete Regelverstöße haben. Die EU-Kommission tut so, als sei das nur ein Problem des Parlaments. Dabei ist ihr eigenes Ethik-Komitee auch nicht viel besser. Dem Ex-EU-Kommissar Dimitiris Avramopoulos erlaubte es, als Ehrenmitglied für „Fight Impunity“ Reden zu halten und 60.000 Euro einzunehmen, obwohl die Organisation nicht mal ins Lobbyregister eingetragen und daher wenig über sie bekannt war. Man verließ sich auf die Zusage, daß die Organisation sich bald eintragen werde – was nie passiert ist. Während die EU-Kommission bei sich selbst keinen Regelungsbedarf sieht, will sie bei den Mitgliedstaaten durchaus Reaktionen durchsetzen. Grundsätzlich ist es richtig, daß auch die Mitgliedstaaten ihre Regeln gegen Korruption und problematische Lobbyarbeit verschärfen müssen. Die EU-Kommission setzt aber am falschen Ende an: Die Mitgliedstaaten sollen Register für Interessenvertretung einführen, die aus dem Ausland finanziert wird. Viele NGOs sehen hier eine Gefahr für eine autoritäre Verwendung, wie Viktor Orbán und Wladimir Putin es bereits vorführen. Viel sinnvoller wäre es, alle

Mitgliedstaaten zu einem Lobbyregister für alle Akteure, ausländisch wie inländisch, zu verpflichten.

Die Beschuldigten haben versucht kritische Beschlüsse des Parlaments zu verhindern, die Katar wegen seiner Behandlung von Arbeitsmigranten und Journalisten verurteilen würden. Giorgi listet auf, daß er zwischen Juni 2021 und November 2022 sechs parlamentarische Entschließungen zur Verurteilung Katars "neutralisiert" hat. Das Parlament verabschiedete allerdings am 24.11.22 doch noch eine Resolution, in der die Menschenrechtslage in Katar kritisiert wurde. Längerfristiges Ziel dieser „Imagepflege“ war ein Abkommen über visafreie Einreise für katarische Bürger in die EU. Im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres wurde dies tatsächlich wenige Tage vor Bekanntwerden des Skandals beschlossen, die Abstimmung im Parlament liegt allerdings seitdem auf Eis.

Giorgi rühmte sich, die Erzählungen im Parlament über die Ausbeutung von Arbeitsmigranten für die Fußball-WM verändert zu haben. Im Februar 2020 z.B. bereiteten die Beschuldigten detaillierte Notizen für einen Auftritt des katarischen Außenministers vor dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Parlaments vor. Sie sorgten auch für die Anwesenheit bestimmter Abgeordneter "für gezielte Fragen".

Mauretanien ging es dem Dokument zufolge in erster Linie darum, sein öffentliches Image zu verbessern. Die Gruppe versuchte offenbar, dafür zu sorgen, daß ein Anti-Sklaverei-Aktivist, der sich in der mauretanischen Regierung Feinde gemacht hatte, nicht den von der EU verliehenen renommierten Sacharow-Preis für Menschenrechte bekommen sollte.

Auch wenn man einrechnen muß, daß Giorgi mit dieser Liste auch vor seinen Auftraggebern prahlen wollte und offen zugab, daß er ihnen manchmal auch etwas vorgetäuscht hat: daß diese und zahlreiche andere Handlungen jahrelang unter den Augen des Parlaments möglich waren, ist erschreckend und ein Offenbarungseid. Es führt überdeutlich vor Augen, daß sich Abgeordnete im EU-Parlament offen für Einflussnahme bestechen lassen konnten, ohne große Sorge, daß jemand ihnen dabei auf die Finger gucken könnte.

Es ist nicht das erste Mal und wird auch nicht das letzte Mal sein, daß andere Staaten versuchen, durch strategische Korruption ihre Interessen durchzusetzen. Das ist eine Gefährdung der Demokratie, vor der sich die EU-Institutionen und ihre Mitgliedstaaten schützen müssen – ebenso wie vor problematischem Lobbyismus. Einerseits muß Korruption mit einer Verschärfung von Strafrecht und einer besseren Ausstattung von europäischen Ermittlungsbehörden effektiver bekämpft werden. Vielen Staatsanwaltschaften in den Mitgliedsstaaten fehlen die Ressourcen und das Wissen, um komplexe Korruptionsfälle wirklich aufzuarbeiten. Ein ambitioniertes und wichtiges Projekt ist die geplante Anti-Korruptionsrichtlinie der EU, mit dem das Strafrecht zwischen den Mitgliedstaaten angeglichen werden soll. Aber auch Lobbyregulierung kann Korruption erschweren und als Frühwarnsystem gelten. Hier sind vor allem diese Regeln wichtig:

Das EU-Transparenzregister muß endlich verpflichtend sein. Verstöße gegen die Eintragungspflicht müssen mit wirksamen Sanktionen geahndet werden.

Es braucht eine unabhängige Lobby-Behörde, die für die Kontrolle und Durchsetzung der Lobby-Regeln in den EU-Institutionen sorgt. Dafür braucht diese Behörde Ermittlungs- und Sanktionierungsbefugnisse sowie ausreichende Ressourcen.

Ehemalige Politiker spielen bei strategischer Korruption oft eine wichtige Rolle. Lange Karenzzeiten (>3 Jahre) für Ex-Abgeordnete, Ex-Kommissare und politische EU-Beamten könnten dieses Einfallstor schließen.

Quelle: https://www.lobbycontrol.de/lobbyismus-in-der-eu/katargate-oder-wie-man-den-kopf-aus-der-schlinge-zieht-113018/?mtm_campaign=2023-12-09&mtm_kwd=blog 8.12.23

von Nina Katzemich

Geisterschiffe

Geht ein Reeder pleite, lässt er unter Umständen das Schiff samt Besatzung einfach auf dem Meer. Verlassen treibt die Crew umher, oft monatelang. 2022 erreichte die Zahl aufgebener Seefahrer einen Rekordwert von 1550 Menschen.

Die International Transport Workers' Federation (ITF) und Missionare sind oft die Einzigen, die ihnen beistehen. Mit eigenen Booten fahren sie zu den verlassenen Schiffen und hieven mit kleinen Kränen zumindest das Nötigste wie Essen und Trinken an Bord.

Der Ozean ist ein Arbeitsfeld für 1,5 Millionen Seefahrer. Sie liefern Kleidung, Möbel, Öl oder Zement. 90% unserer Waren werden auf Frachtschiffen transportiert. Im Welthandel geht es - wie fast überall - um Profit, und wenn sich ein Schiff nicht mehr rechnet, dann gibt es einen unrühmlichen Ausweg: still und leise das Schiff aufgeben. Für die Seeleute bedeutet das, den Job zu verlieren.

In Gebieten wie dem Mittleren Osten werden sie nicht an Land gelassen, bekommen kein Visum, haben kein Geld für den Rückflug. Die Crew muß auf dem Schiff ausharren, ohne Proviant, Heizöl, Wasser. Unbemerkt von der Außenwelt. Die Familien zu Hause leiden Hunger, weil keine Heuer mehr kommt.

"Maritime Gesetze existieren; sie zu brechen, ist auf See leicht", sagt Mark Pieth, Rechtswissenschaftler und Antikorruptionsexperte aus Basel. Letztes Jahr hat er ein Buch zu den Rechtsbrüchen auf den Weltmeeren geschrieben. "Es ist das Gegenteil von dem, was wir im Straßenverkehr haben. Da weiß man, wem das Auto gehört und kann die Spur verfolgen. In der Schifffahrt geht das nicht immer." In vielen Fällen ist der Reeder nicht mehr als eine Briefkastenfirma auf den Marshall Islands, und die Flagge, unter der das Schiff fährt, eine sogenannte "Flag of Convenience". Dahinter stecken Länder wie Palau, Moldawien, Liberia, die sich nicht um die Belange kümmern.

Verlassene Frachtschiffe werden in unserer global vernetzten Wirtschaft zu einem immer größeren Problem. Das bestätigt die International Labour Organisation (ILO). 2017 wurden 55 Schiffe aufgeben, 2019 waren es schon 74, und letztes Jahr sogar 113. Laut ILO waren in den letzten zwanzig Jahren davon über 8000 Seefahrer betroffen.

Ein Seearbeitsübereinkommen von 2006 legt fest, daß Eigner eine sogenannte "P & I"-Versicherung abschließen müssen. Wenn Eigner und Flaggenstaat - der im Zweifelsfall einspringen muß - nicht zahlen, soll sie einspringen und die Heuer der letzten vier Monate sowie die Rückführung zahlen. In den meisten Fällen passiert das auch. Doch immer wieder, so die Erfahrung der Gewerkschafter, zahlen Reeder keine Prämien. "Es ist ein Verstoß gegen das Seearbeitsübereinkommen", sagt ITF-Inspektor Arrachedi, "aber es gibt zu wenig Kontrollen. Diese Mechanismen sollten geändert werden."

Verlassene Schiffe sind auch ein Problem für die Umwelt. Irgendwann rosten die Geisterschiffe durch und sinken. Öl, Treibstoff, aber auch Giftstoffe wie Asbest, Quecksilber und Farben gelangen in den Ozean. "Keiner weiß, wie viele Schiffe auf dem Grund des Meeres liegen", sagt Till Seidensticker von Greenpeace. "Wir sind als Menschheit seit über hundert Jahren mit Stahlschiffen unterwegs. Jedes Schiff, das gebaut wird, muß auch entsorgt werden. Aber es ist teuer, solche Schiffe zu entsorgen - vor allen Dingen, wenn sie Giftstoffe enthalten."

Quelle: <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/seefahrt-geisterschiff-100.html>
12.8.23

Finanzsektor und Klimakrise

Nur rund 1% (2,74 Billionen Dollar) des gesamten privaten Kapitals von 267 Billionen Dollar ist klimafreundlich investiert. Öl und Gas versprechen hingegen weiter enorme

Profite: Allein fünf der größten Öl- und Gaskonzerne (BP, Chevron, ExxonMobil, Shell und Total) haben seit dem Pariser Klimaabkommen 428 Milliarden Dollar für Dividenden und Aktienrückkäufe ausgeschüttet. Die Finanzströme sind also weit davon entfernt, in Einklang mit den Klimazielen zu stehen, obwohl dies in Artikel 2.c des Pariser Klimaabkommens festgelegt ist.

Attac fordert daher, fossile Investitionen gesetzlich zu regulieren und einzuschränken. Banken, Versicherungen, Hedgefonds und Pensionsfonds müssen endlich gesetzlich dazu verpflichtet werden, ihre Investitionen in fossile Projekte auslaufen zu lassen und letztlich völlig einzustellen. Die gesamte Finanzindustrie muß endlich den Bestimmungen und Zielen des Pariser Abkommens unterliegen. Ihre freiwilligen Selbstverpflichtungen sind erwiesenermaßen wirkungslos und nichts anderes als Greenwashing.

Laut einer Initiative des US-Außenministeriums, der Rockefeller Stiftung und der Bezos Earth Foundation sollen Konzerne wie Amazon, Bank of America, Boston Consulting Group, Mastercard, McDonald's, Morgan Stanley oder Pepsi in den gescheiterten Handel mit Kohlenstoffzertifikaten von Schwellen- und Entwicklungsländern einsteigen.

Ein weiterer Ansatz ist das sogenannte „De-Risking“. Dabei sichern öffentliche Garantien und Subventionen die Profite für private Investoren ab. Die öffentliche Hand übernimmt dabei das Risiko für private Investitionen, anstatt klimafreundliche Infrastruktur selbst zu finanzieren. Auch Scheinlösungen wie freiwillige Kohlenstoffkompensationen, die zu keiner realen Reduktion der Treibhausgas-Emissionen führen, werden weiter vorangetrieben. Auch die Kennzeichnung von „grünen“ Finanzprodukten in der EU-Taxonomie zwingt private Investoren keineswegs zu „grünen“ Investitionen.

Quelle: attac Österreich <https://www.attac.at/news/details/cop28-nur-1-prozent-des-globalen-privatkapitals-ist-klimafreundlich-investiert>

<https://www.sonnenseite.com/de/wirtschaft/nur-1-prozent-des-globalen-privatkapitals-ist-klimafreundlich-investiert/> 19.12.23

Industriestrompreis

Die Einführung eines Industriestrompreises wäre ein massiver Eingriff in den Strommarkt zugunsten der fossilen Erzeugung und würde die Energiewende abbremsen. Aktuell kostet Strom an der Börse (Stromlieferung 2024) ungefähr 13 Cent/kWh. Kurzfristig ist Strom für 8-9ct/kWh zu haben.

Das, so behauptet die Industrie, gefährde Unternehmen, die viel Strom verbrauchen, wie Stahl- und Aluminiumwerke, Chemie-, Glas- und Papierfabriken oder Raffinerien. Deshalb hatte im Frühjahr 2023 Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) vorgeschlagen, betroffenen Unternehmen für 80% ihres Stromverbrauchs einen reduzierten Preis von 6ct/kWh zu gewähren. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Bernd Westphal (Sprecher der Arbeitsgruppe Wirtschaft der SPD-Fraktion) forderte eine noch stärkere Reduzierung auf nur 5ct/kWh. Für zwei Jahre sollte dieser "Transformationsstrompreis" gelten und dann evaluiert werden.

Die energieintensive Industrie verbraucht im Jahr deutlich mehr als 100 Milliarden kWh – etwa ein Viertel des in Deutschland benötigten Stroms. Diese Strommenge preislich herunterzusubventionieren, stellt einen massiven Eingriff in den Strommarkt dar. Am teuersten ist heutzutage vor allem die Verstromung von Kohle, Öl und Gas. Ein milliardenteurer Industriestrompreis würde also gerade die fossile Erzeugung unterstützen. Dabei summieren sich die Strompreis-Subventionen, die fossile Energieträger in der Industrie begünstigen, schon jetzt auf knapp 3,8 Milliarden Euro jährlich.

Viele große Unternehmen zahlen geringere bis gar keine Steuern und Abgaben auf den Stromverbrauch. Stromintensive Netznutzer, die 10.000 MWh Strom an mindestens 7.000 Stunden im Jahr abnehmen, erhalten auch bei den Netzentgelten Abschläge von bis zu

90%. 2021 zahlten durchschnittliche Haushaltskunden 75,20 Euro je MWh an Strom-Netzentgelten – die Kosten für Industriekunden lagen mit 26,70 Euro nur bei rund einem Drittel, zitiert ein jetzt erschienener Greenpeace-Report Angaben der Bundesnetzagentur. Mit Stromlieferanten schließen Großverbraucher in der Regel Sonderverträge ab, deren Konditionen strengstes Geschäftsgeheimnis sind. Auch haben energieintensive Betriebe oft eigene Kraftwerke, deren preisliche Kalkulation kaum bekannt ist. Darüber hinaus ist ein Industriestrompreis höchst unsozial. Unternehmen würden massiv subventioniert, Bürgerinnen und Bürger – vor allem die mit geringen Einkommen – gingen leer aus.

Jetzt will die SPD das Fördermodell für die erneuerbaren Energien umstellen. Sie hat ein Positionspapier präsentiert, in dem sie fordert, daß die Industrie den Ausbau von Ökostrom fördern und zugleich davon profitieren soll. Danach sollen mehr direkte Stromlieferverträge zwischen Ökostromerzeugern und Unternehmen geschlossen und diese dann zu größeren Ökostrom-"Pools" zusammengefasst werden. Das schaffe für die Industrie eine größere Versorgungssicherheit gegenüber der schwankenden Erzeugung von Wind- und Sonnenstrom.

Bisher garantiert der Staat geförderten Erneuerbaren-Anlagen meist über 20 Jahre eine feste Vergütung. Die Betreiber müssen ihren grünen Strom dennoch an der Börse vermarkten. Gibt es dort weniger Erlös als garantiert, trägt der Staat die Differenz. Liegt der Erlös an der Börse über dem garantierten Preis, können die Ökostromer den Gewinn behalten – bisher jedenfalls. Nach dem Willen der SPD soll die Förderung künftig auf sogenannte Differenzverträge umgestellt werden. Grüne Stromerzeuger bekämen weiter einen garantierten Erlös. Nehmen sie beim Stromverkauf aber mehr als den garantierten Preis ein, soll der Gewinn künftig abgeführt werden – und beim SPD-Modell nicht mehr an den Staat, sondern an die Unternehmen, die sich den Ökostrom aus dem Pool liefern lassen.

Quelle: Jörg Staude <https://www.klimareporter.de/strom/industriestrompreis-foerdert-fossilen-strom> 6.9.23

Sonderschulden, nicht Sondervermögen

Der Bundesrechnungshof hat in einem ausführlichen Bericht die außerplanmäßigen Schuldenhaushalte des Bundes kritisiert, die unter der Bezeichnung "Sondervermögen" inzwischen mehrere Hundert Milliarden Euro Kreditermächtigungen ausmachen. Anlass des Berichts ist unter anderem das "Sondervermögen Bundeswehr", das nach aktuellen Plänen der Bundesregierung zunehmend dazu verwendet werden soll, Alltagsaufgaben der ausgehöhlten Streitkräfte zu finanzieren. Der Rechnungshof stellt dazu fest: "Durch das Verlagern von Einnahmen und Ausgaben in Sondervermögen in finanziell erheblichem Umfang wurde der Bundeshaushalt über die Jahre hinweg entkernt." Dies habe in den vergangenen drei Jahren "eine bis dahin nicht bekannte Ausweitung und Dynamik erlangt".

Der Rechnungshof nennt die Schulden nicht euphemistisch "Sondervermögen", sondern "budgetflüchtige Ausgaben", die in ihrer Finanzierung das parlamentarische Budgetrecht und die Wirksamkeit der Schuldenregel gefährdeten. Beim Versuch, diesen regulären Militäretat im Meinungskampf der Ampelkoalition zu erhöhen, ist Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) gescheitert. Stattdessen soll nun immer mehr Geld aus den Ertüchtigungsmilliarden für Alltagskäufe der Streitkräfte ausgegeben werden. Auch der bis dahin beispiellose Schritt der Einrichtung des Sondervermögens Bundeswehr im Wege einer Verfassungsänderung bei gleichzeitiger Ausklammerung der von diesem Sondervermögen aufzunehmenden Schulden aus den Restriktionen der Schuldenregel (Grundgesetz) sollte sich nicht wiederholen.

Derzeit unterhält der Bund 29 sogenannte Sondervermögen, sie können bis zu 590 Milliarden Euro Kredite aufnehmen. Die drei größten und neu geschaffenen Töpfe der jüngeren Zeit sind Corona-Kreditermächtigungen in Höhe von 150 Milliarden Euro und eine Ermächtigung zur Linderung der Energiekrise in Höhe von 200 Milliarden Euro. Zudem die Kredite zur Finanzierung der Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden. Die drei Kredittöpfe mit einem Gesamtvolumen von 450 Milliarden Euro stammen sämtlich aus der Zeit von Olaf Scholz (SPD), entweder als Finanzminister ("Bazooka") oder als Bundeskanzler.

Das erste Sondervermögen wurde 1951 als "Treuhandvermögen für den Bergarbeiterwohnungsbau" eingerichtet. Nach Auffassung des Rechnungshofes sollte die Bundesregierung auch nicht länger der Öffentlichkeit vorspielen, es handele sich um Erspartes der Bürgerschaft oder gar um ein Vermögen. Der Rechnungshof schreibt: "Zutreffender wären diese Sondervermögen als „Sonderschulden“ zu bezeichnen." Nach Auffassung des Rechnungshofs verzerren diese Sonderschulden das Bild der Nettokreditaufnahme bei der Verteidigung und anderen Aufgaben. Wörtlich heißt es in dem Bericht zur Kreditaufnahme im Rahmen der Sondervermögen: "Im Jahr 2023 beträgt sie mehr als das Vierfache des im Bundeshaushaltsplan als Soll ausgewiesenen Betrags." So liege die ausgewiesene Kreditaufnahme des Haushalts bei 46 Milliarden Euro, aus den Sondervermögen kommen 142 Milliarden hinzu. Diese Zahl dürfte wegen der stark steigenden Entnahmen zur Finanzierung der Streitkräfte weiter steigen. Allein für das kommende Jahr sind dafür Kredite in Höhe von 19,5 Milliarden Euro vorgesehen, Ausgaben, die durch den Verteidigungsetat, derzeit rund 51 Milliarden, in keiner Weise gedeckt sind.

Quelle: FAZ, 1.9.23 „Sonderschulden, nicht Sondervermögen“

Klimafonds unzulässig

Nach der Klage der Union und dem Urteil des BVerfG fehlen jetzt 60 Milliarden Euro im Klima- und Transformationsfonds (KTF). Mit dem milliardenschweren Fonds wollte Habeck die deutsche Wirtschaft bis 2045 klimaneutral zu machen - fünf Jahre früher, als sich die EU und die USA das vorgenommen haben. Auf rund 80% des KTF erhob Habecks Ministerium Anspruch.

Der im August vom Kabinett beschlossene Wirtschaftsplan mit Ausgaben von 57,6 Milliarden Euro für 2024 sieht als größten Einzelposten die "Bundesförderung Effiziente Gebäude" vor. 18,8 Milliarden Euro sollen in die klimafreundliche Sanierung des Gebäudebestands fließen, deutlich mehr als in den Vorjahren. Zuschüsse von bis zu 70% sollen den Unmut der Hauseigentümer über die neuen Heizvorgaben im Gebäudeenergiegesetz dämpfen.

Eine weitere große Ausgabeposition im KTF sind die 12,6 Milliarden Euro, die der Bund für die abgeschaffte EEG-Umlage übernimmt. Bis Mitte vergangenen Jahres mußten Stromkunden diese zahlen, um den Ausbau der erneuerbaren Energien zu finanzieren. 350 energieintensive Unternehmen bekommen zudem die im Strompreis erhaltenen Kosten des europäischen Emissionshandels erstattet. Diese sogenannte Strompreiskompensation schlägt mit 2,6 Milliarden Euro zu Buche.

Es sollen Zuschüsse zur Ansiedlung von Chipfabriken gezahlt werden. Knapp 4 Milliarden Euro waren dafür im Jahr 2024 vorgesehen. Diese Zuschußprogramme gab es schon unter Habecks Vorgänger Peter Altmaier (CDU), allerdings wurden sie damals noch aus dem regulären Haushalt finanziert. Die Ampelkoalition hat dies geändert, um im Kernhaushalt Spielraum für andere Ausgaben zu bekommen. Die Begründung war, daß die Versorgung mit Chips elementar für die Transformation der Industrie sei und Deutschland seine Abhängigkeit von Importen aus Asien verringern müsse.

Für den Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektroautos waren 2,2 Milliarden Euro vorgesehen. Indirekt, so wird in Berlin argumentiert, sei dies auch Industriepolitik, eine Unterstützung für die Autohersteller. Wenn es zu wenig Ladesäulen gebe, schrecke dies Verbraucher vom Kauf eines Elektroautos ab.

Der KTF hat zwar laufende Einnahmen aus dem Emissionshandel. Für 2024 werden diese auf 19 Milliarden Euro taxiert. Doch das deckt eben nur einen geringen Teil der Pläne. Im Wirtschaftsministerium befürchtet man jetzt eine Art Zwei-Klassen-Gesellschaft. Ein Beispiel sind die Fördermittel, die Stahlhersteller für das Umrüsten der Produktion auf Wasserstoff erhalten. Thyssen-Krupp hat dazu vom Bund und dem Land Nordrhein-Westfalen schon einen Förderbescheid erhalten. 2,7 Milliarden Euro soll die entsprechende Anlage kosten, 2 Milliarden Euro schießt die öffentliche Hand zu. Dabei werde es auch bleiben, heißt es in Berlin. Auch Salzgitter hat schon eine Förderzusage. Unternehmen wie Saarstahl und Arcelor Mittal haben dagegen noch nichts, sie müssen jetzt entsprechend bangen. Es gehe um Investitionen von zusammen mehr als 6 Milliarden Euro, heißt es in Berlin.

Sorge bereitet dem Wirtschaftsministerium auch, wie es mit Ansiedlungen wie der Chipfabrik von Intel in Magdeburg oder der von TSMC in Dresden weitergeht. Allein diese beiden Projekte will der Bund in den kommenden Jahren mit 10 beziehungsweise 5 Milliarden Euro unterstützen.

Quelle: FAZ, 22.11.23

Der Kanzler und Cum-Ex

Olaf Scholz verwickelt sich im Cum-Ex-Skandal immer mehr in Widersprüche. Der Kanzler gibt nur das zu, was öffentlich bekannt wird, wenn es darum geht, mit Vorwürfen zum umstrittenen Treffen mit dem Warburg-Banker Christian Olearius umzugehen. Bis dahin bezieht er sich auf Erinnerungslücken und fehlende Terminkalendereinträge. Hat der ehemalige Erste Bürgermeister Hamburgs und heutige Kanzler Einfluss auf ein Steuerverfahren in Hamburg genommen? Olaf Scholz hatte sich zum Steuerverfahren mehrfach mit dem Warburg-Chef Christian Olearius getroffen. Der sitzt derzeit wegen der illegalen Cum-Ex-Geschäfte seiner Bank in Bonn auf der Anklagebank. Er soll sich Steuern erstattet lassen haben, die die Bank nie bezahlt hat. Als das Vorgehen aufflog, bat er um Treffen mit Scholz. Die Politik sollte helfen und hat geholfen. Scholz riet Olearius in einem der Treffen, daß er dem damaligen Finanzsenator Peter Tschentscher eine Protestnote schreiben sollte. Das tat Olearius, das Finanzamt nahm die Steuerforderungen daraufhin zurück. Insgesamt geht es beim Warburg-Scholz-Cum-Ex-Skandal um gut 170 Millionen Euro. Scholz hatte die Treffen mit Olearius immer bestritten. Nur weil die Medien an das Tagebuch von Christian Olearius gelangten, in dem er über die Treffen schrieb, mußte Scholz schrittweise drei dieser Treffen einräumen, zog sich aber immer auf Erinnerungslücken zurück. Eines dieser Treffen fand am 10.11.17 statt und könnte Scholz jetzt in Probleme bringen, denn er machte widersprüchliche Aussagen über die Erinnerungen an dieses Treffen.

Im November 2019 antwortete der Senat auf eine Anfrage der Fraktion "Die Linke" in der Hamburger Bürgerschaft nach Treffen zwischen dem früheren Ersten Bürgermeister Olaf Scholz und Vertretern der Warburg-Bank zum Cum-Ex-Steuerverfahren gegen die Bank eindeutig: Es habe keine solchen Treffen gegeben. Dies stellte sich später als falsch heraus. Die sehr spezielle Begründung des Senats für die nicht erfolgte Offenlegung der Treffen lautete später: Da sich Erste Bürgermeister grundsätzlich nicht in laufende Steuerverfahren einmischen, habe man auch Treffen zu dem Steuerverfahren verneint.

Denn dem früheren Bundestagsabgeordneten Fabio De Masi war aufgefallen, daß der Hamburger Senat laut eigenen Aussagen seit dem Amtswechsel von Scholz, der im März 2018 Bundesfinanzminister wurde, gar nicht mehr auf Scholz' Kalender zugreifen konnte. Der Senat fragte Ende des Jahres 2019 im Bundesfinanzministerium wegen solcher Treffen von Scholz mit der Warburg Bank an, denn dort war Scholz mittlerweile Minister.

Scholz' Ministerium antwortete also einfach nicht. Scholz hatte die Treffen trotz einer offiziellen Anfrage des Senats nicht offenbart und verbreitete in Presseerklärungen, daß der Termin nicht in seinem Kalender stand, was nicht stimmte.

Später wurde berichtet, daß es zu einem technischen Problem beim Überspielen des Dienstkalenders von Ende 2018 gekommen sein soll. So seien nach der Synchronisierung ab Mitte Oktober 2017 "ausschließlich Termine meines Amtsvorgängers", Ex-Bundesminister Altmaier, zu finden, das sagte Scholz selbst im Hamburger Untersuchungsausschuss.

Wenn es einen solchen Kalendereintrag nie gab, hätte er sich darauf in der Beantwortung der Fragen der Linkspartei nicht stützen können oder er erfand einen Kalendereintrag, sagt Cum-Ex-Experte Fabio De Masi, der lange Zeit für die Linken im Bundestag saß und zuletzt Anzeige gegen Scholz wegen einer Falschaussage erstattet hatte. „Damit ist auch die Erinnerungslücke widerlegt, denn ich kann einen Termin nur dann ohne eine Aufzeichnung bestätigen, wenn ich mich erinnere.“ Daß jetzt die Staatsanwaltschaft Hamburg gegen den Kanzler ermittelt, glaubt De Masi nicht. "Die Hamburger Staatsanwaltschaft, die der grünen Justizsenatorin untersteht, hat sich in der Warburg Affäre im Unterschied zu den Kölner Cum-Ex-Staatsanwälten bisher immer gegen Ermittlungen gestemmt." Die Ermittler behaupteten laut De Masi, in der Vergangenheit bei einer vorherigen Strafanzeige des renommierten Hamburger Strafverteidigers Gerhard Strate, Scholz habe womöglich im Bundestag den Sachverhalt nicht korrekt wiedergegeben, nicht aber im Hamburger Untersuchungsausschuss. t-online wollte von der Bundesregierung wissen, wie sie diesen Widerspruch in der Darstellung erklären. Es gab keine Antwort. Offensichtlich gehen hier mittlerweile tatsächlich die Argumente aus. Quelle: https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_100251562/cum-ex-skandal-kanzler-scholz-luegt-und-erfindet-kalendereintrag-.html 3.10.23

Streit über heimliche Entmachtung der Staatsanwältin

Deutschlands führende Ermittlerin Anne Brorhikers im Cum-Ex-Skandal sollte offenbar gegen ihren Willen Fälle abgeben. Seit Herbst 2013 ermittelt die Oberstaatsanwältin gegen Banker, Berater und Aktienhändler, die sich Milliarden an Steuern erstatten ließen, die sie zuvor nicht gezahlt hatten. Die ersten wegweisenden und inzwischen rechtskräftigen Urteile des größten deutschen Steuerskandals beruhen vor allem auf Brorhikers Anklagen.

Inzwischen leitet sie eine Hauptabteilung, ermittelt mit 30 Staatsanwältinnen sowie Kriminalbeamten und Steuerfahndern gegen mehr als 1.700 Beschuldigte. In Brorhikers Hauptabteilung H stapeln sich die brisanten Fälle: Ermittlungen gegen die einstigen Verantwortlichen der Landesbanken WestLB und HSH Nordbank etwa, die trotz ihrer staatlichen Eigentümer im Verdacht stehen, ordentlich in die Staatskasse gegriffen zu haben. Auch Cum-Ex-Fällen bei Großbanken und internationalen Investmentbanken spürt Brorhiker nach, und sie brachte zuletzt auch den Hamburger Cum-Ex-Skandal rund um die Privatbank MM Warburg vor Gericht, der längst auch Fragen nach der Rolle des damaligen Ersten Hamburger Bürgermeisters und heutigen Bundeskanzlers Olaf Scholz aufwirft.

Trotz ihrer Erfolge sollte Brorhilker offenbar entmachtet werden. So plante der derzeitige Leiter der Staatsanwaltschaft Köln, die von Brorhilker geleitete Hauptabteilung aufzuteilen. Die Oberstaatsanwältin hätte dann wohl die Hälfte ihrer Mitarbeiter und Fälle abgeben müssen. Die zweite Hauptabteilung sollte von einem in Sachen Cum-Ex bislang unerfahrenen Staatsanwalt übernommen werden, der bislang im Justizministerium das Referat für Jugendstrafrecht leitete.

Nach Recherchen des WDR hatte die Generalstaatsanwaltschaft Köln bereits Anfang des Monats in einem vertraulichen Bericht die Pläne deutlich kritisiert. Demnach berichtete der Generalstaatsanwalt Anfang September an das Justizministerium, daß die Maßnahme offenbar gegen den Willen von Oberstaatsanwältin Brorhilker erfolgen solle und es vor diesem Hintergrund fraglich sei, ob ein solcher Umbau zielführend sei. Es könne gar der Eindruck entstehen, argumentierte der "General", daß durch eine Aufspaltung der Eindruck entstehe, daß die Cum-Ex-Ermittlungen behindert würden. Nach dem internen Bericht der Generalstaatsanwaltschaft mischte das Ministerium bei den Plänen zur neuen Struktur mit. Aber der grüne NRW-Justizminister Limbach gibt sich ahnungslos.

Und auch an anderer Stelle droht dem grünen Justizminister Ungemach. Es geht um E-Mail-Postfächer aus dem innersten Kreis des einstigen Ersten Hamburger Bürgermeisters und heutigen Bundeskanzlers: Olaf Scholz. Mails, getippt vom heutigen Kanzleramtschef Wolfgang Schmidt zum Beispiel oder von Scholz' einstiger Büroleiterin. Sichergestellt wurden sie bei einer Razzia der Staatsanwaltschaft Köln. Auch Abgeordnete des Hamburger Cum-Ex-Untersuchungsausschusses bemühen sich um diese Kommunikation. Seit mehr als einem Jahr müht sich der Arbeitsstab des Untersuchungsausschusses nun schon um die Mails. Fristen wurden gestellt – und sind verstrichen. Der Leiter der Kölner Staatsanwaltschaft trat im Streit um die Herausgabe von sichergestellten Asservaten im Sommer zurück.

Quelle: <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/cum-ex-statsanwaltschaft-100.html>
22.9.23

Die heikelsten Dokumente rund um die Cum-Ex-Affäre von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) sind gut geschützt. Mannshoch steht der Tresor in einem fensterlosen Raum, einige Hundert Meter vom Hamburger Rathaus entfernt. Nur ausgewählte, sicherheitsüberprüfte Personen dürfen die schweren Türen öffnen, bringen die Akten dann in den benachbarten Lesesaal, wo Abgeordnete des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses und Mitarbeiter sie unter strenger Aufsicht einsehen dürfen.

Doch seit vergangener Woche fehlt etwas in dem Tresor: zwei Laptops mit mehr als 700.000 E-Mails, unter anderem von Olaf Scholz' Büroleiterin, von Hamburgs Bürgermeister Peter Tschentscher, von zahlreichen Topbeamten. Eigentlich sollten sie neue Erkenntnisse zu jener Affäre bringen, in der es so viele merkwürdige Gedächtnis- und Aktenlücken gibt. Jetzt sind die E-Mails weg. Die Mails hat die Staatsanwaltschaft Köln beschlagnahmt im Rahmen der Ermittlungen gegen eine Hamburger Finanzbeamtin und zwei ehemalige hochrangige SPD-Politiker aus der Stadt: Alfons Pawelczyk, einst Innensenator und Vizebürgermeister Hamburgs, sowie seinen politischen Ziehsohn Johannes Kahrs, Ex-Bundestagsabgeordneter und einflussreicher Haushaltspolitiker. Für seine Lobbyarbeit bekam Pawelczyk knapp 60.000 Euro, in zwei Tranchen. Und nach der Initiative von Kahrs flossen aus dem Firmengeflecht von Warburg insgesamt 45.500 Euro an die Hamburger SPD, vorzugsweise an den damaligen Wahlkreis von Kahrs. Nach Informationen des stern und der WAZ hat ausgerechnet der Chefaufklärer aus den Reihen der SPD die Geräte aus dem Sicherheitsraum des Untersuchungsausschusses entfernt und versteckt. Er habe "verfügt, daß die Akteneinsicht sowie des Arbeitsstabes mit den Asservaten zunächst ausgesetzt wird", teilt Chefaufklärer Steffen Jänicke den

Obleuten im Ausschuss mit. Aber kein Wort dazu, daß er die Laptops aus dem Sicherheitsraum entwendet hat.

Unter den Postfächern ist auch das von Scholz' Büroleiterin Jeanette Schwamberger, einer engen Vertrauten des heutigen Kanzlers. Schon bei einer ersten Auswertung des E-Mail-Postfachs stießen die Ermittler auf brisante Korrespondenz. Es ging um eine Anfrage des Untersuchungsausschusses. Die Abgeordneten verlangen darin die Kalendereintragungen über die Treffen und Telefonate von Scholz mit Kahrs und Pawelczyk, im Zusammenhang mit der Cum-Ex-Affäre. Schwamberger schlägt in Mails dem heutigen Kanzleramtsminister Wolfgang Schmidt vor: Es sei "mit Olaf zu diskutieren", wie man die Termine "einsortieren" solle. Das Verb einsortieren setzt sie in Anführungszeichen. Die Justiz in NRW wollte die Mails dem Untersuchungsausschuss in Hamburg zunächst allerdings nicht überlassen. Justizminister Benjamin Limbach (Grüne) hatte juristische Bedenken. Es kam zum Streit, die Auseinandersetzung zog sich über Monate. Erst als Seelmaecker mit einer Klage drohte, lenkte Limbach ein. Anfang Oktober 2023 ließ er zwei Laptops mit den 700.000 E-Mails nach Hamburg bringen.

Quelle: <https://www.stern.de/politik/cum-ex-afaere--neuer-eklat---700-000-e-mails-verschwunden-33965016.html> 3.11.23

Bauernproteste

Die Ampelkoalition hat beschlossen die Agrardiesel-Subvention abzuschaffen, was eine Entlastung des Bundeshaushalts um etwa 900 Millionen Euro zur Folge hätte. Dieser Schritt erscheint folgerichtig angesichts der von der CDU eingereichten Verfassungsklage gegen den Bundeshaushalt.

Wie zu erwarten war, opponiert der Bauernverband heftig. Der Vorsitzende Rukwied spricht von einer Kampfansage, kündigt für Montag Proteste in Berlin an und heizt damit an.

Die Abschaffung der Subventionen für fossilen Agrardiesel ist jedoch längst überfällig. Klimapolitische Forderungen nach der Abschaffung fossiler Subventionen wie beispielsweise Agrardiesel bestehen schon seit vielen Jahren. Es war schon lange klar, daß die Landwirtschaft ihren Beitrag leisten muß, um von Erdöl wegzukommen und sowohl den Klimaschutz als auch eine krisensichere Energieversorgung in der Landwirtschaft zu gewährleisten. Doch es gehört zu den großen Fehlleistungen der Regierungen unter Kanzlerin Merkel, genau die gegenteilige Politik zu gemacht zu haben. So schaffte sie die Steuerbefreiung von reinen Biokraftstoffen ab und führte die Subvention für Agrardiesel ein.

Landwirtschaftliche Betriebe benötigen große Mengen an Energie für Traktoren und andere Landmaschinen. Zusätzlich verwenden sie Dünger, der größtenteils aus fossilen Rohstoffen und Energie hergestellt wird. Die Weiterverarbeitung von Lebensmitteln sowie der Transport über lange Strecken anstelle einer regionalen Direktvermarktung verdeutlichen die starke Abhängigkeit der Lebensmittelpreise vom Erdölpreis. Ein Anstieg des Erdölpreises, wie er im letzten Jahr aufgrund des Ukrainekriegs erfolgte, führt rasch zu einer Erhöhung der Lebensmittelpreise, was wiederum die Inflation antreibt.

Nur sehr wenige Bauern kauften aufgrund der Agrardiesel-Subvention solche erdölfreien Traktoren. Anstatt ihren eigenen umweltfreundlichen Kraftstoff auf ihren Feldern zu produzieren, entschieden sich viele für Protestaktionen auf den Straßen, um die hart erkämpften Agrardiesel-Subventionen des Bauernverbands beizubehalten und blieben in der Abhängigkeit von klimaschädlichem fossilem Diesel.

Quelle: Hans-Josef Fell, <https://www.sonnenseite.com/de/politik/die-abschaffung-der-subventionen-fuer-fossilen-agrardiesel-ist-laengst-ueberfaellig/> 16.12.23

Kerosin-Besteuerung

Alle reden von CO₂-Preisen, aber Flugzeugtreibstoff bleibt steuerfrei – dieser Anachronismus wird jetzt teilweise beendet.

Kerosin wird nicht besteuert, während für den normalen Sprit pro Liter 65 beziehungsweise 47 Cent an den Staat fließen. Das ist ein Anachronismus, begründet im fast 80 Jahre alten Chicagoer Abkommen zur Internationalen Zivilluftfahrtbehörde ICAO. Bei Inlandsflügen soll eine Kerosinsteuer erhoben werden. Zuschläge von zum Beispiel acht Euro, wie sie bei einem Flug von Berlin nach Frankfurt am Main anfallen könnten, werden aber kaum Verwerfungen bringen.

Quelle: <https://www.klimareporter.de/verkehr/zaubersaft-kerosin> 16.12.23

Kohle-Emissionsrechte

Damit der deutsche Kohleausstieg seine positive Klimawirkung voll entfalten kann, muß die Bundesregierung die Emissionsrechte stillgelegter Kohlekraftwerke vollständig vom Markt nehmen. Das ist das Fazit einer neuen Studie des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS). Die Studie kommt zu dem Ergebnis, daß die Bundesregierung nach europäischem Recht für die im Jahr 2021 stillgelegten Kohlekraftwerke Zertifikate im Umfang von bis zu 118 Millionen Tonnen CO₂ hätte löschen lassen können. Das hätte für Deutschland zwar kurzfristig rund 10 Milliarden Euro an Einnahmeverlusten bedeutet. Bisher hat Deutschland von der Möglichkeit, Emissionszertifikate zu löschen allerdings mit Verweis auf die so genannte Marktstabilisierungsreserve (MSR) keinen Gebrauch gemacht. Es besteht zudem die Möglichkeit, daß die freigewordenen Zertifikate von anderen Marktteilnehmer aufgekauft werden, um eigene CO₂-Emissionen zu legitimieren. Bis Ende des Jahres 2023 hat die Bundesregierung noch die Möglichkeit, die Zertifikate für die im Jahr 2022 stillgelegten Kraftwerke in Brüssel zur Löschung anzumelden.

Quelle: <https://www.sonnenseite.com/de/wirtschaft/co2-zertifikate-loeschen-um-klimawirkung-des-kohleausstiegs-zu-sichern/> 16.12.23

https://green-planet-energy.de/fileadmin/docs/pressematerial/2023-12_FOES_Emissionszertifikate.pdf

Deutsche Bundesbank für eine Reform der Schuldenbremse

Die Deutsche Bundesbank schreibt in ihrem Monatsbericht für November: "Insgesamt scheint es stabilitätspolitisch vertretbar, den nun wieder erheblich gestärkten Anker der regulären Kreditgrenze moderat zu verlagern und damit den Kreditrahmen auszuweiten". Es geht um Deutschlands Schuldenbremse. Eine Änderung bei dieser soll dem Bund eine größere Kreditaufnahme ermöglichen. Es ist die Antwort der Bundesbank auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, die Haushaltspolitik der Bundesregierung zu kippen, was diese in akute Finanznöte gebracht und eine Debatte über eine Lockerung der Schuldenbremse ausgelöst hat.

Ein ehemaliger griechischer Minister lästerte, Deutschland könne ja die Insel Sylt verkaufen - eine Antwort auf den Vorschlag aus Deutschland an Griechenland in dessen Schuldenkrise 2010, wie es Geld beschaffen könne: "Verkauft doch eure Inseln, ihr Pleite-Griechen!", schrieb damals die "Bild"-Zeitung.

Bundesbankpräsident Nagel: "Bei niedrigen Schuldenquoten könnte man den Kreditrahmen moderat ausweiten - und auch Investitionen besser schützen". Es wurde vorgeschlagen, das Konjunkturbereinigungsverfahren der Schuldenbremse zu ändern. Mit diesem Verfahren wird geschätzt, wie sehr die Konjunktur den Bundeshaushalt beeinflusst. Eine höhere Neuverschuldung ist zulässig, wenn die Konjunktur den Haushalt belastet - dagegen sinkt die erlaubte Neuverschuldung, wenn die Konjunktur den Haushalt entlastet. Der Vorschlag sieht nun vor, die Konjunkturbereinigung zu ergänzen. Unter

anderem könnte zeitverzögert auf Revisionen des konjunkturbereinigten Steuerniveaus reagiert werden. Werde das erwartete Niveau nach unten korrigiert, müsse sich die Finanzpolitik nur schrittweise an den engeren Finanzrahmen anpassen - werde es nach oben korrigiert, könne sie den größeren Finanzrahmen aber auch nur schrittweise nutzen.

Darüber hinaus werden weitere Anpassungen der Schuldenbremse erörtert. So ließe sich die Haushaltsentwicklung verstetigen, indem Zinsausgaben periodengerecht verbucht würden. Tiefer greifend wäre, die reguläre Kreditgrenze der Schuldenbremse von 0,35% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf die Mittelfristziele der europäischen Regeln anzuheben, heißt es in dem Aufsatz: Diese liegen bei einer strukturellen gesamtstaatlichen Defizitquote von 0,5% und steigen bei Schuldenquoten von unter 60% auf 1%.

"Investitionen ließen sich gegenüber konsumtiven Ausgaben durch eine gekappte Goldene Regel privilegieren", heißt es in dem Bundesbankaufsatz als weiteren Vorschlag. Die Idee einer "Goldenen Regel" für die Haushaltsführung meint die Differenzierung zwischen Ausgaben für Investitionen und Ausgaben für den Konsum. Schulden für Investitionen sind dann eher erlaubt. "Entscheidend ist dabei, auf Nettoinvestitionen abzustellen und stabilitätskonforme Obergrenzen für die Neuverschuldung zu erhalten", heißt es in dem Bundesbankaufsatz. Stabilitätspolitisch vertretbar erscheine auch, Tilgungspflichten aus früheren Notlagen zu streichen, wenn die Schuldenquote im Ergebnis und in der weiteren Finanzplanung unter der 60%-Grenze liege. Ende 2022 betrug die deutsche Schuldenquote 66%.

"Aus Sicht der Bundesbank sind bindende Fiskalregeln wichtig." Solide Staatsfinanzen seien eine "elementare Basis für eine stabilitätsorientierte Geldpolitik". Die Bundesbank habe daher die Einführung einer Schuldenbremse als wirksames Instrument begrüßt, die hohe deutsche Schuldenquote wieder zurückzuführen.

Quelle: FAZ, 4.12.23 „Warum ausgerechnet die Deutsche Bundesbank für eine Reform der Schuldenbremse wirbt“